

Ludwig Leisentritt

Verfall und Abbruch der Stadtmauer

Ein Beitrag zur städtebaulichen Entwicklung

Einleitung

Die Stadt Zeil hat ihr Gesicht in den zurückliegenden Jahrhunderten nur gering verändert. Gravierende Veränderungen sind erst im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts erfolgt. Für die Stadtsilhouette war zu aller erst die Zeit zwischen 1815 und 1875 bedeutsam. Während dieses Zeitraumes sind große Teile des Mauerberings um die Stadt abgetragen oder gänzlich abgerissen worden. Dadurch erfolgten sehr oft erst die Voraussetzungen für die spätere städtebauliche Entwicklung Zeils.

Dieser Beitrag soll die Beweggründe und Absichten aufzeigen, welche für den Durch- und Abbruch der Befestigungsanlagen bestimmend waren. Auch sollen die Konsequenzen für die spätere Stadtentwicklung aufgezeigt werden.

Ihre Funktion dürfte die Zeiler Stadtmauer am Übergang zum 19. Jahrhundert endgültig eingebüßt haben. Den Bürgermeisteramtsrechnungen ist zu entnehmen, dass es zuletzt ständig größere und kleinere Reparaturen gegeben hat.

1767 ist ein "mittlerer Bogen am oberen Thor nebst dem Turm" eingelegt worden. Die Rechnung weist aber auch einen Betrag für 12 eichene Bretter, zur Beschlagung eines neuen Tores am oberen Turm aus. Kurze Zeit später erhielt der Zimmermeister Caspar Haus den Auftrag, das Dach von der Stadtmauer abzubrechen. Und 1809 nahm die Stadtverwaltung für 1.500 Ziegel aus der Stadtmauer die Summe von 23 fl 45 kr ein. Ferner wurden bei dieser Gelegenheit altes Holz und ab, gebrochene Steine der Stadtmauer veräußert. Die Ziegel und das morsche Holz nahm der Maurermeister Kirchner von der Mauer ab, was "von Polizei wegen befohlen wurde, weil solches der Einsturz drohte".

Im Bereich des oberen und unteren Tores - letzteres war zu dieser Zeit am Ende der, Langgasse, - hatten noch die Torhäuser bestanden. In diesen wohnten die

sogenannten Provisaner bzw. die

Cordonisten während der französischen Besatzung. Diesen oblag die Aufgabe, die ein- und aus gehenden Bürger sowie Fremde zu kontrollieren. Auf dem oberen, Stadtturm wachte der Türmer Karl Schütz über die Sicherheit der Stadt. Schütz, der französische Sprachkenntnisse besaß, fungierte in der Franzosenzeit als Dolmetscher zwischen den neuen Herren, und seinen Mitbürgern. Auf dem unteren Turm versah Adam Martin seinen Dienst als "Nachttürmer".

Die Franzosen in Zeils Mauern kosteten der "Communal Administration", wie sich die Gemeindeverwaltung damals bezeichnete, eine Menge Geld. So schuldete die Stadt Zeil 1814 unter anderem dem Katharinenspital in Bamberg 375 fl, was eine ganz stattliche Summe darstellte. Verdiente doch damals ein Handwerker pro Woche nur 4 fl. Das Geld hatten die Ratsherren 1782 zur Wiederherstellung des alten eingefallenen Schulhauses verwendet. Um die Rückzahlung zu ermöglichen, empfahl das kgl. Landgericht als Aufsichtsbehörde der Stadt Zeil, „das untere Torhaus, welches ohnedies der Communität keinen Nutzen bringt, vielmehr wegen jährlichen Reparaturen noch Schaden verursacht, im Wege des öffentlichen Striches zu veräußern". Bedingung war der sofortige Abbruch. Der Ausschreibung ist zu entnehmen, daß das Torhaus mit angrenzenden Gebäuden zusammengebaut war. Der benachbarte Gastwirt Valtin Göller, der damals die spätere Gaststätte "Deutsche Eiche" bewirtschaftete, ersteigerte das Relikt aus früherer Zeit für 102 fl.

Dem kgl. Landgericht Eltmann stand von 1819 - 1841 der berühmte Landrichter Kummer vor, der sich besondere Verdienste um den Ausbau des Straßennetzes erwarb. Kummer sagte von sich selbst, "ich heiße Kummer und ich mache Kummer, aber, die Nachwelt wird es mir danken."

Großen Kummer machte der gestrenge Landrichter (vergleichbar einem heutigen Landrat), der Stadt Zeil im Jahre 1820. Dem Haßfurter Juden Israel Heßlein schuldete, die Stadt für Hafer 172 fl. Und weil die Stadtväter trotz mehrmaliger Mahnungen keine Anstalten zur Zahlung machten, wandte sich Heßlein an den Landrichter Kummer. Sein Dekret ließ an Deutlichkeit nichts offen. "Wenn keine Zahlung geleistet werde, hat die Stadt Zeil täglich einen Reichstaler zu erlegen. Nach Verlauf dieser Zeit soll das Rathaus zu Zeil ohne weiteres auf öffentlichen

Striche an den Meistbietenden verkauft werden.", Zeil zahlte darauf binnen 3 Tagen. Landrichter Kummer war bestrebt, "seinen Vorgesetzten in Bamberg und Würzburg sowie den Hoheiten in München ordentliche Straßen bei ihren Durchreisen und Visitationen vorzuzeigen. Der Bezirk wurde im Verkehrswesen ein Muster. Selbstverständlich erkannte Kummer auch die hohe Bedeutung eines guten Straßennetzes für die Entwicklung von Handel und Gewerbe.

Es verwundert daher nicht, daß Landrichter Kummer 1822 in einem Dekret feststellte, daß die Straße "von Zeyl bis außerhalb Ziegelanger gegen Steinbach Schaden gelitten habe. Sie sei mit kleinen Steinen aufzuschütten und sonach mit Kies zu überwerfen". Besonders kritisierte Kummer die Straße außerhalb von Zeil zwischen der heutigen Friedhofstraße bis zum einstigen Armenhaus in der Bamberger Straße. Ohne irgendwelche Skrupel und denkmalschützenden Aspekten veranlaßte er die Stadtverwaltung, ein jahrhundertealtes Wahrzeichen zu beseitigen: "Würde die Gemeinde Zeyl den unnützen Thurm hinwegnehmen und den Schutt und die Steine zur Auffüllung der zu tief liegenden Straßen verwenden, sie würde hiedurch eine wesentliche Verschönerung und Verbesserung des Städtchens bewirken." Nach Auffassung Kummers täten die drei Gemeinden Zeil, Ziegelanger und Steinbach wohl daran, wenn sie auch noch einen Aufseher bei ihrer Wegreparatur anstellen würden. Andernfalls, so die Drohung, sähe sich das kgl. Landgericht gezwungen, einen Straßenaufseher von Amts wegen auf Kosten der genannten Gemeinden zu installieren.

Tatsächlich abgerissen wurde der untere Turm dann 1829 durch den Maurermeister Nikolaus, Kirchner und dem Zimmermann Adam Amment. Letzterer ging im späteren "Schwinns-Häuschen" an der Straße nach Sand seinem Gewerbe nach, wobei er den ehemaligen Gemeindeanger am heutigen Eingang zur Oskar-Winkler-Straße für das Binden des, Gebälkes benutzte.

Um die Ortsdurchgangsstraße zwischen dem unteren Tor und dem Friedhof nach den Wünschen des Landrichters Kummer zu sanieren, war unter anderem die Errichtung einer Stützmauer erforderlich, wie sie noch heute links der Friedhofsstraße besteht. Die Straße ist wie angeordnet, mit den Steinen des "cassierten" unteren Turms aufgefüllt worden.

Der damalige Stadt- und Polizeidiener Georg Rudolph machte später in einer Bittschrift geltend, daß die Abbruchmaßnahme eine Menge an Mehrarbeit bei der Aufsicht erforderlich mache. In seinem Schriftstück notierte er unter anderem "Der ungeheure Thurm mit den unteren Thor ist abgerissen worden."

Mit dem Abnehmen der immer baufälliger werdenden Bedachung auf dem Wehrgang der Stadtmauer ist bereits vor 1800 begonnen worden. Im übrigen war die Stadtmauer bis ca. 1820 mit den großen und kleinen Türmen und den Toren als Bausubstanz vorhanden. Das obere Tor am Stadtturm hatte bis zu dieser Zeit wohl noch ein Vortor. Der in der Obertorwohnung eingemietete Sebastian Hofmann war 1825 verpflichtet, die Straße zwischen den beiden Toren alle Sonnabende zu kehren. Untersagt war ihm, in diesem Bereich Holz zu lagern, zumal ihm dafür der Stadtturm zugeteilt war. Die Stadtverwaltung beanstandete später, daß Unordnung durch herumliegendes Holz herrsche und direkt an der Straße "ein auffallend ekelhaftes Aussehen verursache". Neben dem Stadtturm befand sich in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die sogenannte "Frohnfeste". Während der Zeit, als Zeil Sitz des gleichnamigen Landgerichts war, diente dieses Gebäude als Gefängnis. In nächster Nähe wohnte auch der Amts- bzw. Gerichtsdienner.

Das untere Tor befand sich am Ende der Langgasse am Eingang zur Judengasse. Zusätzlich zu den zwei Hauptausgängen existierten noch zwei Pfortchen. Das eine besteht heute noch bei der Freyung, während sich das "Lauerpförtchen" zwischen der Sparkasse und dem Haus Brehm-Gassner befunden hat. Diese Durchlasse für Fußgänger sind bis etwa 1818 von sogenannten "Pfortleinssperrern" auf- und zugesperrt worden. Bei der Freyung besorgte diesen Dienst zuletzt Matthes Kraus, und am Lauerpförtchen zur Vorstadt fungierte Caspar Pfaff. Die Pfortleinssperrer genossen außer einer geringen Vergütung noch die Befreiung von bestimmten steuerlichen Abgaben.

Am unteren Tor wird bis 1814 der "demolierte untere äußere Thurm" erwähnt. Offenbar war dieser der Stadtbefestigung vorgelagert und hat vermutlich an der Stelle des heutigen Hauses Helbig gestanden. Ein ähnlich vorgeschobener Wachturm stand auch in der Nähe des oberen Stadtturmes an der Stelle des

heutigen Winkler-Hauses.

1803 wurde von höchster Stelle angeordnet, daß bei Niederreiung von Ringmauern immer mit Rücksicht auf die Lokalumstnde nach einem allgemeinen Plane zu verfahren sei. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß zu dieser Zeit die Militärs den Befestigungsanlagen der Städte noch eine gewisse Bedeutung beimaßen.

Der kunstsinnige König Ludwig I. von Bayern verfügte 1826, "daß von nun an bei allen Städten des Königreiches, welche mit Ringmauern, Türmen, Gräben und sonstigen Vorwerken versehen sind, diese Schutzmittel fortbestehen sollen, und verbiete jede Abänderung ihrer Formen durch gewaltsame Beschädigungen, Abbrechen der Mauern oder Thürme und Einfüllung der Gräben". Die Städte sollten nach Auffassung des Königs nicht das Aussehen von Dörfern bekommen. Für ihn gehörte eine möglichst intakte Befestigung zum eigentlichen Wesen einer Stadt, Einige regionale Regierungen verfügten dann auch, daß alte Bauwerke als "Denkmäler des Altertums" zu betrachten und zu schtzen seien.

Doch diesem "Denkmalschutz" wurde kein allzu großer Stellenwert beigemessen, wie sich am Beispiel Zeil noch zeigen wird. Das Denken der einfachen Leute galt dem täglichen berleben. In Zeil führte z. B. eine Mißernte 1816 - es hatte während des ganzen Jahres unablässig geregnet zu einer großen Hungersnot. Die notwendigsten Lebensmittel waren kaum mehr zu bezahlen. "Viele dürftige Leute", so ist es in einer Turmknopfurkunde der St.-Michaels-Kirche niedergeschrieben, "nährten sich mit einem elenden Gemüse aus Disteln bereitet, ohne Salz und Schmalz; auch vom gekochten Ochsenblut, welches sie beim Metzger auffingen. Die ärmeren konnten sich damals noch damit etwas helfen, daß sie statt anderer Lebensmittel sich täglich mit Kaffeetrinken erhielten."

Die Mehrheit des Volkes hatte also andere Sorgen. So ist es auch kein Wunder, daß man den Wunsch des Königs vielfach als eine Marotte abtat. Wegen stndiger Reparaturen und aus praktischen Erwägungen sind zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Zeil und anderen umliegenden Städten zahlreiche Stadttore der Spitzhacke zum Opfer gefallen. Die Stadtmauern boten sich als willkommene Steinbrüche an. Noch 1913 hat dies auch der Bezirksamtmann von Haßfurt in einem geharnischten Schreiben an die Stadtverwaltung von Zeil wörtlich so zum Ausdruck gebracht.

Die, den Befestigungsmauern vorgelagerten Wassergräben wurden vielfach zur Sammelstelle für Brand- und Bauschutt. 1792 erwähnt eine Gemeinderechnung, daß die Stadt Pachtgelder für den "an der Stadtmauer angelegten gemeinen Stadtgarten" eingenommen hat. Die "Grabengärten" bzw. der "gemeine Stadtgraben" tauchen hinfort immer wieder als städtische Grundstücke auf. Eine finanzielle Notsituation zwang schließlich 1806 die Zeiler Ratsherren, die „Zeiler Gemeindegüter“ zu verkaufen. Die Kommune schuldete dem Revierjäger Scharnagel (vermutlich aus Bamberg) einen hohen Betrag. Über diesen öffentlichen Verkauf dieser Grabengärten berichtet eine Urkunde. Für die stolze Summe von 1400 fl gingen die gemeindlichen Grundstücke vor der Stadtmauer an den meistbietenden Franz Messerschmidt von Zeil über. Der Verkauf der Grundstücke war allerdings mit einigen Auflagen verbunden. Das damalige Landgericht Zeil hatte dafür zu sorgen, daß Messerschmidt durch den sicherlich gewinnbringenden Weiterverkauf der Gärten an die Zeiler Häuserbesitzer, "der Landstadt Zeyl keine neuen Irrungen" zufügte, sondern die Veräußerung vertragsmäßig "zu allseitiger Zufriedenheit zustandegebracht werde". Wenn man so will, kann man in dieser Formulierung die Absicht erkennen, eine weite Streuung des ehemaligen Gemeindeeigentums unter den Bürgern von Zeil herbeizuführen.

Die Grabengärten sind dann auch nach den obrigkeitlichen Vorstellungen von Seiten des Messerschmidt an zahlreiche Bürger weiterveräußert worden. Heute ist dieses Areal in nahezu 60 Parzellen aufgeteilt. Sicherlich hat noch zusätzlich die berüchtigte fränkische Erbteilung für eine weitere Zerstückelung der Gärten beigetragen. Dagegen behielt die Familie Messerschmidt den späteren Graben im Bereich des Moreth für einige Jahrzehnte in ihrem Besitz, bis auch diese Grundstücke zumeist weiterverkauft wurden. Als die Stadt Zeil nach der Jahrhundertwende aus den Nähten zu platzen drohte und' für ein Schulgebäude, dem Caritashaus und Verbindungsstraßen dringend Grundstücke im Norden der Stadtmauer benötigte, mußte sie große Teile des sogenannten „Messerschmidtgrabens“ wieder zurückerwerben.

In den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts entschlossen sich die Zeiler, in die über 400 Jahre alte Stadtmauer eine Bresche zu schlagen. Eine Rechnung von 1824

verrät uns, daß an der Stelle der heutigen Sparkasse, Adam Schlegelmilch einen Teil seines Gartens "zum Behufe der neugefertigten Straße von der Breitgaß (so hieß die heutige Hauptstraße früher) in die Vorstadt abgetreten" hat. Zwei Jahre später erhalten Georg Heller und "Consorten" (wie die mithelfenden Brüder bezeichnet wurden) für 6 1/2 Tage Arbeitslohn, "das Pfortlein und die Stadtmauer gegen Sand" abzurechen. Der neue Weg in die heutige Bamberger Straße, welcher der ganzen Gemeinde zum Besten dient", ist von einer sogenannten "Verschönerungskommission" angeregt worden. Vermutlich wünschten sich die in der Vorstadt wohnenden Bürger eine bessere Anbindung zur Kernstadt. Einige Jahre später (1827) verfügte dann offiziell das königliche Landgericht Eltmann die Errichtung einer "Fuhrstraße" in die Vorstadt.

Stadtauswärts von der "Ruine der Stadtmauer" ist in diesem Zusammenhang auch die Errichtung einer Gartenmauer - wie sie noch bis zum Bau der Sparkasse bestand - erforderlich gewesen. Der weitere Abbruch der Stadtmauer an dieser Stelle war amtlicherseits unter der Bedingung gestattet, daß der Abbau in gerader Richtung erfolgt und an der Stelle des Durchbruchs die Mauer "reinlich verputzt wird". Für 33 fl erhielt der Maurermeister Nicolaus Kirchner den Zuschlag. Durch diese Maßnahme schaffte man die Voraussetzungen für die um 1842 erfolgte gänzliche Ortsdurchfahrtsstraße wie sie bis heute besteht. Ab 1829 begann die Zeiler Verwaltung, die Stadtmauer auch am oberen Tor bis kurz vor der heutigen Brauerei

Göller teilweise abzurechen. So ließ die Stadtverwaltung sämtliche Steinhauer und Maurer ins Rathaus rufen, um weitere Abbrucharbeiten an den Wenigstnehmenden zu "verakkordieren". Bei der Vergabe unterboten sich gegenseitig Adam Reutig, Andreas Scheuring, Adam Leisentritt und Konrad Kirchner, der den Zuschlag für 15 fl mit der Bedingung erhielt, daß er die Mauer von der alten Schule abwärts auf einer Länge von 390 Schuh (ca. 115 in) um 6 Schuh (1,80 rri) abbricht.

Der 1827 im Gebäudeverzeichnis erwähnte ein gefallene Turm beim heutigen Winkler-Haus, welcher wahrscheinlich als Beobachtungsturm für den dort über dem Hügel vorbeiführenden Trockengraben diente, ist bei dieser Maßnahme mit

beseitigt worden.

Für die immer wiederkehrenden Instandsetzungsarbeiten an den gemeindlichen Straßen waren ständig Steine erforderlich. Wann immer man es sich zu leisten vermochte - was allerdings nicht sehr oft war - bezog die Stadt solche Steine aus wie der Nähe von Wülflingen. Das Material aus den dortigen Brüchen war ungleich härter und damit widerstandsfähiger gegenüber den schweren Fuhrwerken, die aus den zahlreichen Zeiler Steinbrüchen kommend tiefe Spuren hinterließen. Zumeist ist aber heimisches Material verwendet worden. Dieses fand sich insbesondere beim Abbruch der alten Stadtmauer, die etwa zur Hälfte aus Schutt und Geröll bestand.

Hand- und Spanndienste

Die Straßenbauarbeiten erfolgten zumeist in Fronarbeit, die den Bürgern von Zeil immer lästiger geworden war. Im Mai 1830 beschloß die versammelte Bürgerschaft, daß es bei weitem besser wäre, wenn diese Arbeiten an Handwerker vergeben und das Geld hierfür durch Umlagen beschafft werden würde. Als Rechtfertigung führte man an, daß häufig -schlechte Arbeit zustande komme und viele Fronpflichtige nur Kinder zur Handarbeit schickten. Aber auch die Bauersleute waren in ihren Fuhrleistungen sehr unterschiedlich. Im übrigen beklagten die Bürger das Fehlen einer ständigen Aufsicht bei den Arbeiten. Mit Mehrheit beschloß man, die Fronarbeit für den Straßenbau abzuschaffen.

Beim Abbrechen der Stadtmauer sind Unmengen an Schutt und Steine angefallen. Mit Sicherheit hat sich dadurch die Ausbeutung der Zeiler Steinbrüche verringert. Schon sehr bald erkannten die Zeiler Steinbruchbesitzer und mit ihnen die Steinbrecher, daß die Gewinnung der begehrten Steine auf Grund des immer höher werdenden Abraumes nicht nur kostspieliger, sondern auch beschwerlicher und gefährlicher wurde. So fanden denn Steine aus der Stadtmauer für viele Zwecke Verwendung. Nach Hochwasserschäden sind sie auch für Reparaturarbeiten am alten Mainbett extra aus der Mauer gebrochen worden.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Straße nach Haßfurt kam es 1842 zu einschneidenden landschaftlichen Veränderungen im Bereich des oberen Turmes stadtauswärts. Die alte Landstraße, welche Jahrhunderte lang recht und schlecht

für die Fuhrwerke und Kutschen passierbar war, erhielt stellenweise auch eine neue Trassierung und einen besseren Untergrund. Im Bereich der Dreifaltigkeitsgruppe ließen die Straßenbauer eine bedeutende Anhöhe abgraben, welche, wie es hieß, "die ganze Umgebung beschimpft" hat. Der Fortschritt, oder was man darunter verstand, hat also schon früher seinen Tribut gefordert und der Natur mehr oder weniger Gewalt angetan. Freilich: der Schaden war relativ noch gering, nicht zuletzt aus Mangel an technischen Möglichkeiten, wie sie sich uns heute bieten.

Im Zuge des Straßenbaues in Richtung Haßfurt, fiel durch eine Begradigung eine Fläche an die Stadt, die mit Klee angesät, der Stadtgemeinde mit großem Vorteil verpachtet wurde. Später erbaute dann der Gastwirt Kraus stadtauswärts auf seinem Bierkeller eine Kegelbahn, welcher er noch einen Sommergarten angliederte. Der Bau der Straße machte auch die Einlegung der "Dreifaltigkeitsgruppe" erforderlich. Nach den Umbauarbeiten erhielt das Bildnis ein steinernes Podest, wie es heute noch vorhanden ist. Große Erdarbeiten waren noch am sogenannten Seerangen nötig.

Eine Verordnung des Landrichters Kummer in Eltmann, wollte ab 1830 alle vorhandenen (auch der im Privatbesitz befindlichen, Kunstwerke, Altertümer und Überreste "wie geschichtliche, denkwürdige oder zur Zierde der Gegend geeignete Burgen, ehemalige Kirchen, Kapellen oder Denksäulen" schützen.

Die Ortsvorstände erhielten die Aufforderung, die in ihren Gemeinden oder Flurmarkungen befindlichen altertümlichen Objekte sowie deren Besitzer aufzuzeichnen und nach Eltmann zu melden. Zugleich erbat man eventuelle Vorschläge zur Erhaltung der Denkmäler.

Möglicherweise war diese Verordnung im Jahre 1836 mit der Anlaß für die Renovierung des oberen Stadtturmes, der noch als letzter intakter steinerner Zeuge von der einstmaligen beeindruckenden Stadtbefestigung kündete. Das erst im 18. Jahrhundert anstelle des ehemaligen Fünfknopfturmes aufgesetzte sogenannte "welsche Dach" wurde 1836 erneuert. Unter anderem war der Knopf abzunehmen und eine neue Helmstange anzuschäften. Alle Knöpfe sind vom Schieferdeckermeister Klarmann mit Stanniol belegt worden. Es läßt sich wohl vorstellen, daß die Zeiler auf ihr weithin sichtbares und leuchtendes Wahrzeichen stolz gewesen waren.

Als Stadttürmer wachte gerade Adam Leisentritt für jährlich 12 Gulden und einem Klafter Holz über die Sicherheit der Stadt. Hoch über den Dächern Zeils war er von 1831 bis 1852 zwei Jahrzehnte mit dieser Aufgabe betraut.

Umfangreiche Erdarbeiten veränderten 1842 bei der Neutrassierung der Straße

nach Haßfurt den Bereich an der heutigen Haßfurter Straße. Das Bild aus dem Jahre 1920 zeigt die damals noch rollierte Fahrbahn. Neben der Kreuzigungsgruppe wollte man seinerzeit das Kriegerdenkmal errichten.

Für die Entwicklung der Stadt Zeil war die verkehrsmäßige Anbindung und Erschließung von großer Wichtigkeit. Es gibt genügend Beispiele, wie anderorts Straßen bzw. Straßenverlegungen das Schicksal von Städten und Gemeinden beeinflusst haben. Anders als in unserer heutigen hochmotorisierten Welt, versuchte man früher den Verkehr durch die Stadt zu lenken. Negative Folgen hatte dies lediglich in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen. In der Regel führte ein lebhafter Handels- und Reiseverkehr zu wirtschaftlicher Belebung.

Wenn man vom Dreißigjährigen Krieg einmal absieht, wirkte sich der Napoleonische Krieg am verhängnisvollsten für Zeils Geschicke aus. So mußte die ehemals an Grundvermögen nicht arme Stadt infolge aufgebürdeter Kriegslasten den größten Teil ihres Grundbesitzes veräußern. So konsumierten z. B. zwischen dem 2. und 28. August 1796 französische Generäle und Offiziere 63 Eimer Wein während ihrer Einquartierung. Für die Bezahlung des Weines (ca. 4 hl), der aus dem Schmachtenberger Keller des Klosters Langheim entnommen wurde, verpfändete Zeil den sogenannten „Bürgerwörth“ bei Knetzgau. Daneben waren auch die Grundstücke vor der Stadtmauer vertraglich als Sicherheit für ein weiteres großes Schulddarlehen abgetreten und später verkauft worden. 1820 notierte der Stadtschreiber: "Es verdient erwähnt zu werden, daß früher, namentlich zur Zeit der französischen Kriege, Zeil als Haupt- und Etappenstation galt und dadurch von freundlichen und feindlichen Heeren sehr in Anspruch genommen wurde. Dadurch hat Stadt sehr viel von ihrem Wohlstande verloren.

Die ältesten bekannten Verkehrswege waren die Hochstraßen, die sowohl in den Haßbergen als auch im Steigerwald angelegt waren. Die Straße zwischen Bamberg und Zeil verdiente, wie der Eltmanner Chronist Göpfert betonte, nicht diesen Namen. Es war das Verdienst des Landrichters Kummer, daß die bei schlechtem Wetter kaum passierbaren Straßen eine merkliche Verbesserung erfuhren. Die eisenbereiften Wagenräder gruben sich freilich binnen kürzester Zeit tief in die nur aus zerkleinerten Steinen bestehende Landstraße ein. Aufgabe der Gemeinden war es, die tiefen Rinnen immer wieder zuzufüllen und die

ausgefahrenen und ausgeschwemmten Schlaglöcher einzuebnen. Den Landgemeinden bürdete man dabei große Lasten auf. Kummer ordnete 1820 an, daß jede Zeiler Familie pro Monat 30 Kreuzer und jeder Anspanner 1 fl zu bezahlen hätten. Diese Anordnung erörterte der damalige Bürgermeister Ebert mit der versammelten Bürgerschaft, wozu er sie mit der Gemeindeglocke auf der Anna-Kapelle ins Rathaus rief. Das Stadtoberhaupt erinnerte gleich zu Beginn seiner Ausführungen daran, welche ungeheure Steuerlasten Zeil schon zur Errichtung und Unterhaltung der durch Zeiler Gebiet führenden Straßen angefallen sind. Jahrzehntlang waren Hand- und Spanndienste durch die Bürger an der Tagesordnung. 1807/08 und 1815/16 mußte Zeil einen von der Regierung eingesetzten Wegemacher besolden. Weder die Regierung noch umliegende Gemeinden gewährten der Stadt dabei eine Unterstützung. "Wir bleiben uns allein überlassen. Unsere gute Straße hatte für uns die unglückliche Folge, daß man uns mit Heerzügen fürchterlich heimsuchte und zwei Jahre lang die Etappenstation hierher verlegte." Weil Kummer auch erhebliche Beiträge für das damals noch unregulierte Mainbett verlangte, fragte der Bürgermeister besorgt, wer diese Kosten in Zeil wohl tragen könne, zumal "die arme Bürgerschaft nichts mehr leisten kann und sich jeder unter dem Bettelstabe einreihen müßte". Die versammelte Bürgerschaft formulierte eine Resolution an das Landgericht in Eltmann, in der man sich erbot, für den Unterhalt der Landstraße wie bisher beizutragen. Hingegen allmonatlich Familienbeiträge zu leisten, dazu erklärte man sich außerstande.

Zehn Jahre später formulierte man im Zeiler Rathaus ein Schreiben an Seine Majestät den König von Bayern. Vorschriftswidrig übergang man dabei bewußt das Landgericht in Eltmann, das eigentlich für die Weiterleitung der Petition zuständig war. Den Zeilern war zu Ohren gekommen, daß man höhererseits erwog, die rechtsmainisch von Bamberg bis Schweinfurt verlaufende "Talstraße" zu verlegen. Die Amtsstadt Eltmann war sicher daran interessiert, wenn bei Haßfurt die neue Chaussee über den Main über Knetzgau und Sand nach Eltmann verlaufen wäre. Die sogenannte Poststraße von Bamberg kommend verlief nicht über Eltmann, sondern durchquerte Stettfeld in Richtung Haßfurt.

Die königliche Regierung zerstreute die Sorgen Zeils nur insofern, als man die Stadtväter belehrte, daß "die Besorgnis wegen des Verlustes des Straßenzuges

noch zu frühzeitig sey". Zu dieser Zeit habe man "den Übergang der Straße über den Main noch gar nicht verhandelt, berechnet und begutachtet". Die Antwort der Regierung enthielt noch die Mitteilung, daß mit dem Straßenbau dieses Jahr (1831) erst bis Schonungen und im nächsten Jahr bis Gädheim vorgerückt werde. Man werde schon zur rechten Zeit die Anschläge und Berechnungen der Kosten für den Straßen-, Brücken- und Dammbau auf beiden Seiten des Maines erheben und gegeneinander vergleichen. Zeil erhielt die Zusicherung, daß man nicht außer acht lassen werde, die neue Straße "durch möglichst viele Ortschaften zu führen."

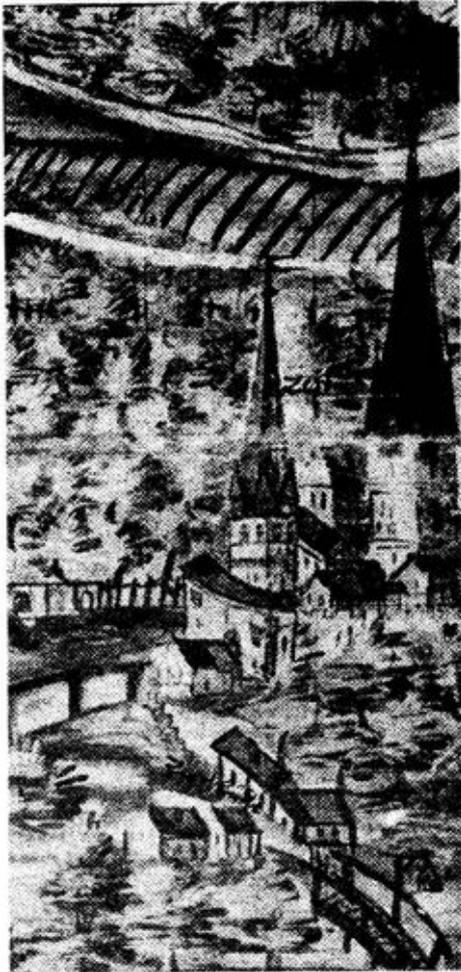
Es gab also schon Überlegungen, der neuen Chaussee einen anderen Verlauf zu geben, was vermutlich für die Stadt Zeil unabsehbare Konsequenzen gehabt hätte. Zeil mußte sich im vorigen Jahrhundert ständig zwischen den beiden Amtsstädten Haßfurt und Eltmann behaupten und durchsetzen. Anfangs des 19. Jahrhunderts konkurrierte Zeil auch mit der Landgemeinde Knetzgau, die zwischen 1800 und 1850 sogar mehr Einwohner als Zeil aufweisen konnte. Eine Anbindung an die neue Distriktsstraße im Jahre 1842 hätte dieser Landgemeinde sicher enorme Impulse für die weitere Entwicklung gegeben. Lange Zeit bestand zwischen Knetzgau und Zeil eine Verbindungsstraße über die Au. Knetzgau mußte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts einen großen Abzug von Auswanderern nicht zuletzt wegen eines Strukturwandels beim Schiffbau verkraften. Als dann 1892 in Zeil die Baumwollweberei ihre Pforten öffnete und zunächst zahlreiche auswärtige Weber anzog, setzte eine bis dahin ungeahnte Bevölkerungszunahme in unserer Stadt ein. Um 1900 überholte dann Zeil sogar die einstige Amtsstadt Eltmann.

Etwa 1842 erreichte die neue Chaussee schließlich Zeil. Wie schon erwähnt, mußten dabei an den Stadtausgängen einige Gebäude der Spitzhacke zum Opfer fallen, so z. B. das Wachhaus am oberen Tor. Die Ortsdurchfahrt sollte nun gut ausgebaut, weg von der viel zu engen Langgasse durch die "Breite Gasse" (wie die heutige Hauptstraße früher hieß) führen. In der damaligen unteren Vorstadt, in der heutigen Bamberger Straße, standen die Häuser Nr. 189 und 196 dem neuen Straßenverlauf im Wege. Im Gebäudeverzeichnis von 1844 findet sich der Vermerk: "Bestehen nicht mehr, zum Straßenbaue abgetreten." Gegen eine geringe Entschädigung überließ die Stadt Zeil dem Staat auch das sogenannte "Flurershäuslein". Dieses Gebäude, welches damals wohl an der Stelle des

heutigen Gasthauses Wohlleber stand, war sicher mit Absicht in der Vorstadt platziert. Wegen der fehlenden Stadtmauer war die Kontrolle der vom Feld kommenden Leute in diesem Stadtteil besonders problematisch.

Des Weiteren war noch die Abtretung einiger Grundstücksflächen unterhalb der Friedhofskapelle für den Straßenbau erforderlich. Die Stadt Zeil gab dafür Teile der sogenannten "Helmutsäcker" ab mit der Zusicherung, daß ihr der Genuß der Straßenböschungen beiderseits der heutigen Bamberger Straße "auf ewige Zeiten" zustehe. Diese Übereinkunft ist symptomatisch für das statische Denken unserer Vorfahren, denen eine städtebauliche Expansion heutigen Ausmaßes unvorstellbar war. Bis etwa 1875 stagnierte der Bau von neuen Häusern außerhalb der Stadtmauer und der alten Vorstadt.

Auf dieser Stadtansicht von 1613 sind einige Details sichtbar, welche der 15 Jahre jüngere Zweidlerplan nicht zeigt. Sehr ausgeprägt hat der unbekannte Zeichner die Türme der Stadt wiedergegeben. Zwischen dem Stadt- und dem Kirchturm ist auch jener Turm zu erkennen, der bis 1829 an der Stelle des heutigen Winkler-Hauses gestanden hat. Er diente offenbar als Wachturm für den an dem Hügel vorbeiführenden Trockengraben. Unten am Bild ist das Brückchen über den See und etwas weiter oben die bis 1840 bestandene Ziegelhütte zu erkennen. Vor dem Obertor ist sehr gut die Torwohnung zu sehen, die jedoch 1842 dem Straßenbau weichen mußte.



Die Entwicklung einer Stadt vollzieht sich unter bestimmten Rahmenbedingungen. Bevor wir uns eingehend der innerstädtischen Veränderung zuwenden, sollen die Fakten aufgezeigt werden, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts geschaffen wurden, und die für die städtebauliche Entwicklung Zeils bedeutsam sind.

Wo heute der Altmain die Kerngemeinde Sand von seinem Ortsteil Wörth trennt, befand sich früher der eigentliche Stromverlauf des Maines. Die 1838 - 1840 erfolgte Begradigung verlegte das Mainbett rund einen Kilometer in Richtung Zeil. Ein Teil der Wiesen und Äcker kam so auf die andere Seite des Maines zu liegen, wodurch die "ganze Kommunikation mit der jenseitigen Gegend" abgeschnitten wurde. Andererseits gelangten Sander Flurteile durch den Durchstich des alten Mainbogens auf die Zeiler Seite des neuen Maines. Die Grundbesitzer beider Gemeinden versuchten sich 1846 dadurch zu helfen, daß sie vertraglich festlegten, die Grundstücke auf Zeiler Flur links des Maines von den Sandern und

die Sander Flächen auf der rechten Mainseite von den Zeiler Bauern zu bewirtschaften. Die prekäre Situation, die den Zeilern durch die Mainbettverlegung erwuchs, stand im Revolutionsjahr 1848 auf der Wunschliste ganz oben. Um bei den unzufriedenen Bürgern den Unmut zu kanalisieren, gestattete das Landgericht Eltmann den Zeiler Bürgern Anträge und Wünsche an die allerhöchste Stelle "zur weiteren Prüfung und gnädigster Berücksichtigung und Willfährung unterthänigst weiterzuleiten". Wörtlich heißt es in der abgesandten Bittschrift: "Nicht nur, daß man den Grundbesitzern, deren Gütern jenseits des Maines zu liegen kommen, hierfür keine Entschädigung gab, sondern ist bis heute noch für keine Überfahrt gesorgt, damit sie zu ihren Grundstücken gelangen können. Von einer ordentlichen Bewirtschaftung und Benützung dieses Teils der Gemarkung ist demnach keine Rede mehr. Der Nachteil hieraus für die hiesige Gemeinde im allgemeinen sowie der einzelnen Gutsbesitzer im besonderen ist wirklich nicht zu berechnen. Deswegen wird unterthänigst gehorsamst gebeten, die Anlegung eines ordentlichen Überfahrens zwischen Zeil und Sand baldmöglichst bewerkstelligen zu lassen."

Nachdem die Revolution niedergeschlagen war, schmettete 1849 die Königliche Regierung die Wünsche der Zeiler sowohl nach einer Entschädigung als auch dem Bau einer Brücke ab. Doch der Ruf nach einer feststehenden Verbindung zwischen den beiden Orten sollte künftig aber nicht mehr verstummen, wenngleich der Brückenbau noch sechs Jahrzehnte auf sich warten lassen sollte.

Die Verlegung des Maines brachte zum einen für Zeil eine Beschränkung der Ausdehnungsmöglichkeiten in Richtung Süden. Andererseits ist die große Bedeutung des nahegelegenen Flusses als Wasserverkehrsstraße nicht zu unterschätzen. Für Sand eröffnete der trockengelegte alte Main die Möglichkeit zur Anpflanzung von Weidenkulturen und damit die Etablierung der Korbwarenindustrie.

Ein knappes Jahrzehnt nach der erfolgten Mainkorrektur wurde schließlich der Bau der Eisenbahnlinie in Angriff genommen. Diese wohl einschneidendste Baumaßnahme durchtrennte die Zeiler Flurgemarkung erneut auf das empfindlichste. Die sogenannte "Ludwigs-West-Eisenbahn" - so die damalige Bezeichnung dieser Schienenverbindung - durchschnitt die 4836 Morgen große

Flurgemarkung der Stadt Zeil derart, daß 1808 Morgen und damit ein Drittel jenseits des Dammes zu liegen kamen. Verständlich daher das Klagen der Stadtgemeindeverwaltung, "daß die hiesige Flurmarkung schon sehr fühlbare Schmälerungen durch die gerade in hiesiger Flurmarkung fallenden dreifachen Verkehrsstraßen (Main, Eisenbahn und Staatsstraße) erlitt". Dadurch ist ein beträchtlicher Teil der besseren, nahegelegenen und ebenen Grundstücke verschlungen bzw. geteilt worden. Nun mußten Zeils Landwirte weite und zeitraubende Umwege in Kauf nehmen. In vielfacher Hinsicht ergaben sich daraus nachteilige Folgen: Die in Zeil durch alte Hutrechte begründete Schäferei sah sich schwer beeinträchtigt. Eilten früher die auf den Äckern arbeitenden Bürger bei auftretenden Feuersbrünsten auf kürzestem Wege in die Stadt, so waren nunmehr unter Umständen große Umwege erforderlich. Zu erreichen waren die Felder damals lediglich durch zwei Übergänge über den Bahnkörper. Zuvor hatten acht "Communicationswege" zu diesen Grundstücken geführt. Die 1854 eingereichte Klage gegen den königlichen Fiskus auf Entschädigung wurde 1857 in der zweiten Instanz abgewiesen. Die Klageschrift enthielt die Forderung: "Der königliche Fiskus sei schuldig, der Stadtgemeinde Zeil für den Minderwert der fraglichen 1808 Tagwerk Grund, per Tagwerk 25 fl Entschädigung zu bezahlen und alle Kosten des Prozesses zu tragen." In einer letzten Verhandlung kam es dann 1860 zu einem Vergleich, der einen dritten Bahnübergang vorsah.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Eisenbahn mußte auf die im Bereich der heutigen Grabengärtsiedlung gelegene "Schießstätte" verzichtet werden. Die Eisenbahnlinie befand sich nämlich im Schußfeld dieser Anlage. Links und rechts der Schießallee, die viele Jahrhunderte die Zeiler Schützen sowie die Bürgergarde benutzten standen 21 zumeist stämmige Lindenbäume. Die Stadt führte diesen Platz einer anderen Verwendung zu und verpachtete die Felder an die Landwirtschaft. Da die umliegenden Äcker durch die Lindenallee beeinträchtigt wurden, erhielt man die Genehmigung zum Fällen dieser Bäume. Als Ersatz verlangte der königliche Revierförster Bretthauer in seinem Gutachten die Anpflanzung junger Obstbäume an hierzu geeigneter Stelle. Diese fand man - einer Rechnung zufolge -längs eines Trifts von der Winterleite aufwärts am sogenannten "Brand" auf dem Weg nach Bischofsheim.

Die Pflanzung von Obstbäumen hat in Zeil eine lange Tradition. Altem Herkommen

zufolge mußte früher jeder, der als Bürger aufgenommen werden wollte, neben einigen Feuereimern für die Brandbekämpfung auch drei Bäumchen auf öffentlichen Grund pflanzen bzw. das Geld hierfür hinterlegen. 1844 setzte man beiderseits der neuen Straße nach Haßfurt 400 Obstbäume. Die Unkosten wurden nach einem bestimmten Schlüssel umgelegt. Es war das Bestreben der vorgesetzten Behörden, den Gemeinden durch Anpflanzung von Weiden und Obstbäumen "rentenbringend" eine Einnahmequelle zu sichern. Die Obstbäume an der Bundesstraße befanden sich noch bis zum neuerlichen Ausbau der B 26 links und rechts der Straße. Den älteren Leuten ist noch gut in Erinnerung, wie das Obst alljährlich öffentlich verstrichen worden ist. Weniger der Bäume, als vielmehr der motorisierten Menschen wegen hat man die Obstbäume unmittelbar neben der Straße später nicht mehr pflanzen wollen.

Von der einstigen Schießstätte vor den Toren der Stadt, kündete noch bis zum Ersten Weltkrieg die Flurbezeichnung - Schießmauer ". Das Gelände benötigte man in den 20er Jahren für die Errichtung der Grabengärtensiedlung. Weil offenbar manche Objekte in der Inflationszeit 1920-23 abgewickelt wurden, nannte man dieses Viertel bei den Zeilern „Millionenviertel“. (Ex-Bgm. Adam Kraus am 12.3.25)

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts (1810) zählte Zeil 209 Wohnhäuser. Die Zahl der Häuser blieb sehr lange konstant. Erst 20 Jahre später (1830) ist eine geringe Vermehrung um sechs festzustellen. Während dieses Zeitraumes erhöhte sich die Bevölkerung nur von 1009 auf 1189 Einwohner. Eine geringe Bautätigkeit läßt sich ab 1830 in der oberen Vorstadt im Bereich der heutigen Friedhofstraße bis hinunter zur Hauptstraße nachweisen. Die meisten der hier errichteten Häuschen glichen aber eher bescheidenen Behausungen und standen im krassen Gegensatz zu den vielen stolzen, bürgerlichen Fachwerkhäusern der Kernstadt. Einige solcher Tagelöhnerhäuschen stehen heute noch, andere sind in den letzten Jahrzehnten aufgestockt bzw. durch größere Bauten ersetzt worden. Noch gab es innerhalb des Rings der Stadtmauer die eine oder andere Lücke, um ein Haus hineinzuzwängen und damit das noch immer geschätzte Gefühl von Sicherheit teilhaft zu werden. So entstand im Schatten der Mauer um 1835 ein Häuschen hinter der heutigen Sparkasse, das Valentin Steiniger schon wieder 1878 - wie eine Steintafel zeigt - umgebaut hat. Ein weiteres Haus wurde oberhalb der "Freyung" direkt hinter der Stadtmauer errichtet. Es war bis zum Abbruch von

Georg Leisentritt („Bauernschorsch“) bewohnt. In der Entenweidgasse ließ der Büttner Johann Schmitt ein Wohnhaus bauen (heute Schirmer). Andere Bauwillige entdeckten am Bach vor der Stadtmauer kleine Flächen, um sich hier mit bescheidenen Häuschen ansässig zu machen. Selbstverständlich hatte es an einer weitsichtigen Planung seitens der Stadtgemeinde gefehlt. Der Zimmermeister Adam Amment platzierte sein Haus um 1845 neben dem Bach an der Sander Straße so ungünstig, daß es später jahrzehntelang als Verkehrshindernis diente. Das Schicksal des Abbruches teilte das ehemalige Schwinnshäuschen mit noch zwei anderen Nachbaranwesen.

1865 weist das Grundstücksverzeichnis in Zeil 226 Hausnummern auf. In mehr als 50 Jahren hat sich die Zahl der Wohngebäude um nicht einmal 20 erhöht. Gewiß: Es sind im Stadtbereich verschiedentlich Umbauten oder Aufstockungen erfolgt. Es mögen auch hin und wieder Backhäuser bzw. Backöfen ausgebessert oder neu errichtet worden sein. Nach einer Bestandsaufnahme von 1840 hat es in der Stadt immerhin 70 Backhäuser gegeben. Zwischen 1851 und 1856 ist nachweisbar kein einziges Wohnhaus entstanden. Lediglich drei Scheunen, je zwei Holzhallen und Werkstätten, ein Dachstuhl und ein auffälliges Haus in der Entenweidgasse wurden während der sechs Jahre gebaut bzw. erneuert.

Die Zahl der Einwohner erhöhte sich zwischen 1810 und 1865 um 250. Viele Familien waren auf engstem Raum untergebracht. Die Eltern teilten sich zumeist ihre Schlafkammern mit den Kindern. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Feststellung des "Fabricen- und Gewerbeinspectors Hoefler" von 1896 über die Wohnverhältnisse der Sander Korbmacher: "Die Wohnungen bestehen oft nur aus einem Raum, der dann zugleich Werkstätte, Wohnstube, Schlafzimmer, Krankenzimmer, Küche, Waschhaus sein muß und in gesundheitlicher Hinsicht alles zu wünschen übrig läßt." Man wird davon ausgehen können, daß es ähnliche Wohnverhältnisse auch in Zeil gegeben hat. Eine große Zahl von Haushaltsvorständen mußten sich als Tagelöhner verdingen. Besonders die Leinenweber Zeils hatten im vorigen Jahrhundert ein Schattendasein unter den Handwerksgewerben geführt. Ihnen hatte man nicht einmal gestattet, sich in einer Zunft zusammenzuschließen.

Eine Auswertung der Zählungslisten von 1855 und 1861 belegt, daß es auch in

Zeil in zahlreichen Häusern Einzimmerwohnungen gegeben hat. So wies 1855 das Haus Nr. 63 in der Zinkengasse (heute Haus Hofmann) 11 Personen auf. Das Haus Nr. 65 (heute Speiersgasse 7, Mauer) war 1861 von elf Leuten bewohnt. Das noch viel kleinere Kolbshäuschen neben dem Rathaus mußte für 7 Bewohner Obdach geben. Drei Familien mit zusammen 15 Köpfen beherbergte das Haus Nr. 128 in der Hauptstraße (heute Friseursalon Fritzmann). Aber auch größere Gebäude mußten in früherer Zeit weit mehr Menschen Lebensraum geben als heute. Im Kath. Pfarrhaus wohnten 1861 9 Personen. Neben dem Pfarrer Ebert und einigen Familienmitgliedern lebten hier noch zwei Kapläne.

Die Enge in dem alten Stadtmauergürtel führte sehr häufig zu Grunddienstbarkeiten, Geh- und Fahrrechten, die vielfach heute noch bestehen. Viele Häuser sind nicht nur senkrecht, sondern manchmal auch waagrecht geteilt worden. Das schon erwähnte Haus (Friseursalon Fritzmann) ist vermutlich an der Stelle einer früheren Gasse entstanden, die einmal von der Hauptstraße zur Entenweidgasse führte. Darauf deutet der Umstand hin, daß dieses Haus keine eigenen Giebelmauern besitzt. Aktenkundig ist jedenfalls, daß durch dieses Haus noch im vorigen Jahrhundert eine sog. Feuergasse führte. Bei der Behandlung eines Baugesuches gab die Stadtverwaltung 1857 die Genehmigung für einen Umbau nur unter der Bedingung: "Wenn die bestehende, durch fragliches Haus führende Feuergasse, wie sie jetzt besteht, bleibt, hat die Stadtgemeindeverwaltung nichts zu erinnern." Aus diesem Recht leitete sich sogar die Gewohnheit ab, den Hausflur als Durchgang in die Entenweidgasse in Anspruch zu nehmen. Noch vor 50 Jahren beharrten die älteren Leute darauf, regelmäßig den Gang als Passage zu benutzen. 1865 beantragte der junge Zeiler Webermeister Michael Mölter auf dem Anger vor dem Stadtsee die Erlaubnis, dort mit einer eigenen Backsteinbrennerei die Ziegelsteine für seinen Fabrikbau in der Scheuergasse zu brennen. Mölters Absicht kam gerade den hiesigen Handwebern gelegen, man hoffte, daß "dadurch besonders die Weber, deren Verdienste immer geringer werden, durch das Projekt wieder gute Verdienste erlangen." Mölter hatte auf der Wanderschaft neue Maschinen kennen gelernt und die Erfahrungen für den Aufbau seines Unternehmens genutzt.

In einem Leumundszeugnis bezeichnete der Zeiler Armen- und Pflugschaftsrat Mölter als "das Muster eines Bürgers, Geschäftsmannes und Familienvaters".

Seine Eltern lebten in ärmlichen Verhältnissen, so daß die Lokalarmerkasse der Stadt das Lehrgeld für ihn übernommen hatte, welches derselbe später jedoch aus seinen Ersparnissen wieder zurückzahlte. Die Fabrik in der Scheuergasse läutete für Zeil das Industriezeitalter ein. In der sog. Sortieranstalt und Bandweberei fanden nun auch Frauen Arbeit und Verdienst. Aber nicht zuletzt die aufblühende Sandsteinindustrie sollte Impulse für eine Entwicklung auslösen, die Zeil eine starke Bevölkerungszunahme bescherte. So ist denn auch der erste größere Landverbrauch für die räumliche Ausdehnung der Stadt in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Richtung Bahnhof vorgezeichnet.

Schon nach 1900 baute der unternehmungslustige Mölter seine neue Fabrik außerhalb der Stadt. Die alte Lumpenfabrik ging in Privathand über. Nach entsprechenden Umbauarbeiten fanden in dem auch heute noch stattlichen Gebäudekomplex viele wohnungsuchende Familien eine Unterkunft.

Die einstige alte Lumpenfabrik hat nach dem Bau der Mölterfabrik in der Bamberger Straße, nach entsprechenden Umbauarbeiten als Wohnhaus Verwendung gefunden,

Der Bau von Straßen ist nicht nur heute ein Anlaß für hitzige Diskussionen. Im Zusammenhang mit der Neutrassierung der Haßfurter Straße kam es im Bereich des Seerangens zu Geländeänderungen. Sie hatten unter anderem zur Folge, daß der ursprüngliche Weg von den Feldern der Zeiler Au stadteinwärts derart steil anstieg, daß die Ochsen die beladenen landwirtschaftlichen Fuhrwerke kaum noch zu ziehen vermochten. Der Streit um eine eventuelle Verlegung des Weges drohte 1851 die Zeiler Bürgerschaft in zwei Lager zu spalten. Der Gastwirt Adam Kraus, ehemals Bürgermeister der Stadt, sah für seinen vor der Stadt liegenden Sommerbierkeller und der Kegelbahn Nachteile. Weil "der Weg Ober den Seerangen als der heillose Anlaß zu höchst bedauerlichen Zerwürfnissen zwischen den Gemeindegliedern" auszuarten drohte, untersagte die Behörde zunächst einmal jede weitere Veränderung an den Wegverhältnissen. Als abschreckendes Beispiel führte der Amtsvorstand "das höchstnachteilige Parteiengewühle in der Stadt Eltmann" an, wo zu dieser Zeit ähnliche Querelen die Bürgerschaft entzweite. Besänftigend meinte der Bezirksamtman, Zwietracht möge der notwendigen Eintracht Platz machen. Persönliche Feindschaft und Leidenschaft unter den einzelnen Bürgern brächte für das Gemeinwohl nur unberechenbaren Schaden.

Seit der Mainregulierung verkehrte zwischen Zeil und Sand ein Schelchboot um die wenigen Reisenden an das andere Ufer zu befördern. "Mit bedeutenden Kosten und Opfern" errichtete 1864 Georg Götz jenseits des Maines eine sogenannte "fliegende Brücke" in Form einer Fähre. Damit bekam die Verbindung zwischen den beiden Gemeinden eine bessere Qualität. Möglich war diese neue Einrichtung, nachdem Götz auch gleich ein Wohnhaus an der Fährstelle errichtete und wenig später auch noch die Konzession für einen Wirtschaftsbetrieb erwarb. Nun kamen zu den schon bestehenden drei wichtigen Verbindungsstraßen in Richtung Haßfurt, Krum und Ebelsbach-Eltmann noch die nach Sand bzw. den Steigerwald hinzu. Der bislang bestehende Weg zum Main war zu diesem Zeitpunkt bei Regenwetter nicht einmal für Fußgänger, geschweige für Fuhrwerke passierbar. Götz beschrieb 1868 die Situation so: "Es dürfte kaum daran zu zweifeln sein, daß die beteiligten Gemeinden ihre Aufgabe, endlich einen Verbindungsweg herzustellen, ungesäumt nachkommen werden. Die fliegende Brücke kann ohne einen befahrbaren Weg ihren Zweck - Hebung der Industrie, Landwirtschaft und Verkehr - unmöglich erreichen."

Das Bezirksamt verpflichtete die Stadt Zeil, den Weg bis zur Gemarkungsgrenze Sand "mit einer soliden Chaussee gut fahrbar herzustellen". Der deutsch-französische Krieg 1870/71 verhinderte zunächst den sofortigen Ausbau. Das Steinmaterial hierfür sollte die Stadtverwaltung von der alten Stadtmauer abbrechen lassen. Nach dem Krieg mußten die Zeiler schließlich 1875 durch Strafandrohung gezwungen werden, die Straße nach Sand auszubauen.

Während der Kriegszeit bewarb sich der Maurermeister Johann Pottler, gegenüber dem heutigen Anwesen Brehm-Gassner, einen Bauplatz für ein Wohnhaus zu erhalten. Das Projekt war jedoch nur durch den teilweisen Abriß der dort vorbeiziehenden Stadtmauer zu verwirklichen. In Haßfurt erinnerten sich nun die Behörden an den königlichen Erlaß von 1826, wonach Ringmauern der Städte erhalten werden sollten. Die Zeiler' Stadtverwaltung machte man für die Einhaltung dieser Bestimmung verantwortlich. Pottler konnte jedoch sein Haus an der gewünschten Stelle errichten, ohne Rücksicht auf die Stadtmauer zu nehmen. In der Entenweidgasse erlaubte man zur gleichen Zeit der Anna Maria Scheuring

(heute Haus Schober) eine Öffnung in die Stadtmauer zu brechen-, um dadurch in den jenseits liegenden Garten zu gelangen.

in der Breiten Gasse (Hauptstraße) beseitigte der Gastwirt Adam Kraus 1862 ein nicht mehr bewohnbares Haus. An seiner Stelle ließ er ein stattliches Sandsteingebäude (heute Simon) erstellen, das er um einiges näher auf die Baulinie rückte und dadurch eine Begradigung der Ortsdurchfahrt herbeiführte. Nach dem ruhmreichen Sieg Ober Frankreich und ganz unter dem Eindruck eines erwachenden Patriotismusses gab Kraus seiner hier eröffneten Gaststätte 1871 den Namen "Zum deutschen Kaiser".

Der Spengler Franz Brehm erwarb in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts eines der vielen kleinen Häuschen an der Stadtmauer der Entenweidgasse, denen es zumeist an Nebengebäuden und Hofraum mangelte. Das Brehmsche Häuschen stammte noch aus der Zeit, als noch unmittelbar daneben das "Gänsepförtchen" durch die Stadtmauer als Durchlaß für den kleinen, täglichen Durchgangsverkehr diente. Brehm rückte sein neues Haus um etwa 1,50 m zurück und ermöglichte dadurch eine größere Passage durch die Stadtmauer. Der Durchgang war wohl für die damaligen Verhältnisse breit genug. Heute hingegen ist diese Stelle eine von vielen Engpässen der Ortsdurchfahrt. Es ist schon bemerkenswert, wie selbstverständlich man dem Autoverkehr zunehmend Vorrang einzuräumen bereit war und ist. Beim Bau der neuen Hauptstraße ist zunächst der Straßenbedarf für den Kraftfahrzeugverkehr abgesteckt worden. Was links und rechts übrig blieb, und es war an vielen Stellen herzlich wenig, gestalteten die Straßenbauer als "Gehsteig" für die Fußgänger aus. An vielen Stellen ist es oft nur eine Handbreit, gerade Platz genug, um den Randstein für die Begrenzung der Straße zu setzen. So auch längs des Hauses Brehm-Gaßner. Irgendwie müssen wir alle mit den Gegebenheiten leben, wie sie uns von unseren Vorfahren hinterlassen worden sind. Auch unsere Nachkommen werden einmal mit dem zu leben haben, was wir ihnen als Erbe übergeben.

Die wachsende Bevölkerung führte zu einer regen Nachfrage nach Bauplätzen. Zeils Stadtväter kamen diesen Wünschen 1866 entgegen. Nachdem von mehreren Gemeindemitgliedern der Antrag auf Überlassung eines Bauplatzes an der Straße nach Schmachtenberg außerhalb von Zeil gestellt wurde, faßte der

Stadtrat unter Bürgermeister Mantel einen entsprechenden Beschluß. Es dürfte der erste Bebauungsplan der Stadt Zeil für eine projektierte Stadterweiterung gewesen sein. Es handelte sich hierbei um eine Fläche von insgesamt 3,253 Tagwerken. Erlaubt waren nur Wohnhäuser, die mindestens zwei Stockwerke aufweisen. Diese Festsetzung sollte bewußt im Osten der Stadt einen städtebaulichen Akzent setzen und die vielen kleineren Behausungen in Richtung Friedhof und Obere Vorstadt in den Hintergrund rücken. Der Stadtratsbeschluß wurde noch durch die Zustimmung der versammelten Bürgerschaft bekräftigt und legitimiert, da es sich bei dem Gelände um die gemeindeeigenen "Kapellenäcker" handelte. Südlich dieses Geländes (am alten Turnplatz) errichtete um 1867 der Zimmermeister Peter Haus ein Wohngebäude (heute Dietlein), wobei er den großen Anger für das Abbinden des Gebälks benutzen konnte.

Es war schon früher besonders beliebt, an den Sonn- und Feiertagen außerhalb der Stadt ein Bierlokal oder gar einen schattigen Garten aufzusuchen. 1873 baute Adam Simon in der Straße zum Bahnhof die Eisenbahnwirtschaft. Ihr gegenüber etablierte sich 1877 Ludwig Erhardt mit dem "Steinernen Haus". Beide Lokalitäten hatten einen Wirtschaftsgarten, die Eisenbahnwirtschaft von Anfang an auch eine Kegelbahn aufzuweisen.

Vom Neben- zum Haupteingang avancierte das frühere "Gänsepförichen" um 1840 als die Ortsdurchfahrt von der Langgasse in die "Breite Gasse" - verlegt wurde. Die östliche Stadtmauer verlief durch das heutige Haus Brehm-Gassner. Der Baumeister Johann Pottler erstellte vor etwa 110 Jahren am "Gänsethor" sein Haus, welches von 1899 bis 1904 die kgl. Bayer. Post beherbergte. Die Steinmauer am sogenannten "Maulaffeneck" mußte abgerundet werden um den vielen Langholzfuhrwerken auf dem Weg zum Main nicht hinderlich zu sein. Heute erinnert der Gänsehirte an der neuen Sparkasse an das einstige "Gänsethor".

Obwohl zwischen 1803 und 1830 mehrere Verordnungen über die Behandlung alter Ringmauern und Stadtgräben erlassen wurden, herrschte in der praktischen Anwendung vielfach ein Widerspruch zu diesen Dekreten. Unverkennbar war es der Wunsch der Königlichen Regierung, bei allen Städten, welche mit Ringmauern, Türmen und Gräben versehen waren, diese Schutzmittel fortbestehen zu lassen. Jede Abänderung ihrer Formen durch gewaltsame

Beschädigung, Abbrechen der Mauern und Türme sowie die Einfüllung der Gräben war eigentlich verboten.

Wie andere Städte auch, sah sich Zeil jedoch finanziell nicht in der Lage, die alten immer reparaturbedürftiger werdenden Befestigungsanlagen instand zu halten. Die finanzielle Situation der Stadt Zeil und ihrer Bürger war durch die ständigen Einquartierungen fremder und eigener Truppen äußerst prekär. Die dadurch bedingte Vernachlässigung der Unterhaltung der Stadtmauer führte mehr und mehr zu einem Verfall der Anlagen. Die Funktion des Schutzes war zudem immer fragwürdiger, später auch ganz überflüssig geworden.

In den Zeiten des Eltmänner Landrichters Kummer gibt es zahlreiche Beispiele, wie zweitrangig der Erhalt der Stadtmauern und Türme war, wenn es z. B. darum ging, das Straßennetz den gestiegenen Anforderungen anzupassen. Wie schon Jahre zuvor in Zeil, ließ Kummer in seiner eigenen Amtsstadt Eltmann einen Turm, den sogenannten "Hexenturm", für den Straßenbau opfern. Kurze Zeit später veranlaßte er auch, "die häßlichen, Luft und Sonne sowie Passage versperrenden, nur ekelhafte Winkel bildenden Stadtmauerreste" abzutragen. Dem Landrichter, so urteilte der Eltmänner Chronist Göpfert, fehlte offenbar "der historische Sinn".

Wie bereits früher erwähnt, waren die Stadtgräben vor der Stadtmauer 1806 in den Besitz der Familie Messerschmidt gelangt. Die Auffüllung und Trockenlegung der Stadtgräben vor den Mauern von Zeil erfolgte schon lange vor der amtlichen Anordnung von 1803, die sich mit den sumpfigen Gräben befaßte, "welche einen beträchtlichen zur Cultur schicklichen Raum einnehmen, der Gesundheit nachteilig sind, und keinen anderen nützlichen Zweck haben".

Der Zeiler Stadtschreiber Hubert ließ um 1788 bereits den Graben im Süden "mit eigenen großen Kosten" auffüllen. Er nutzte die so entstandenen "Grabengärten" gegen eine Jahrespacht von 7 fl. Während Messerschmidt die Grabengärten an Zeils Bürger weiterveräußerte, nutzte seine Familie das Terrain zwischen Stadtturm und Söhrlein noch vor dem Ersten Weltkrieg.

Nachdem 1862 die zwei Landgerichtsbezirke Eltmann und Haßfurt zum Bezirksamt Haßfurt zusammengefaßt wurden, war es ständige Gepflogenheit, daß

im zweijährigen Turnus der Bezirksamtmann Gemeindevisitationen durchführte. Dabei wurden alle gemeindlichen Einrichtungen, wie Schulen, Spitäler, Friedhöfe und Straßen inspiziert und auftretende Mängel beanstandet. Im Juni 1871 findet sich im Revisionsbericht unter anderem folgender für die spätere Entwicklung der Stadt bedeutsamer Eintrag: "Die Stadtmauer bedarf in der Nähe des sogenannten Kaulberges eines Durchbruches. Wegen der Herstellung hat die Stadtverwaltung Beratung zu pflegen und behufs Erstellung höherer Genehmigung das Geeignete zu beantragen."

Offiziell standen die Befestigungsanlagen noch immer unter dem Schutz einschlägiger Dekrete. Andererseits bestand jedoch auch eine Verordnung, welche vorsah, daß "Ringmauern zur leichteren Verbindung der Gassen und Wohnungen mit den anstoßenden Gründen an die Angrenzer überlassen und geöffnet werden" durften. Obwohl es nicht in der Kompetenz der Stadtverwaltung Zeil lag, gewährte man dem am Marktplatz wohnenden Kaufmann Messerschmidt die Erlaubnis, an der nördlichen Seite der Stadtmauer einen Durchgang brechen zu dürfen. Dieser ermöglichte ihm auf bequeme Weise und ohne den Umweg über das Obere Tor zu seinen jenseits der Mauer gelegenen Grundstücken zu gelangen. Das Praktische dieser zuerst mit einer Tür verschließbaren Öffnung erkannten zunehmend auch andere Zeiler Bürger, zumal wenn sie im Bereich der Langgasse und Speiersgasse wohnhaft waren und in der Gemarkung Moreth und Haardt Felder zu bestellen hatten. Lange Wege kosteten Zeit, und Zeit war schon immer ein wichtiger Faktor gewesen, wie der Streit mit den Eisenbahnbehörden im Zusammenhang mit dem Bau des Bahndammes durch Zeils Flur hinreichend bewiesen hat.

Der Durchgang nach Norden, wo sich große Teile der fruchtbaren Flur befanden, ist binnen kurzer Zeit von unbekanntem Tätern erweitert worden. Unter den - duldsamen - Augen der Stadtverwaltung entwickelte sich aus dem privaten Durchlaß ein öffentlicher Durchgang, der freilich über privaten Grund führte und für Messerschmidt zu einem Ärgernis wurde. Weil schließlich alle Ausgänge aus der Stadt eine Bezeichnung hatten, fand sich sehr bald auch für diesen Durchgang ein Name. Als Gegenstück zum Oberen-, Unteren- und Gänsetor nannten die Zeiler die Bresche durch die nördliche Stadtmauer "Norddeutsches Thor". Wie noch darzulegen ist, sollte dieses "Tor" für einige Jahre zu einem ständigen Zankapfel

werden.

1861 berichtete der für Zeil zuständige Amtsarzt Dr. Schneider nach München: „Zu wünschen wäre die Abtragung der hohen Stadtmauern, um der freyen Luft besser Zutritt zu verschaffen.“

Zu Beginn des Jahres 1873, also während des Streits um den Ausgang oberhalb des Kaulberges, fassten Zeils Stadtväter den Beschluß, "die hiesige sehr defekte Stadtmauer teilweise abzurechen und zur Ausführung dieses Projektes mit der nördlichen und einem Teil der östlichen Stadtmauer zu beginnen". Die Steine dieser Mauer befanden die Verantwortlichen im Rathaus für besonders "ruinös". Bemerkenswert ist eine Begründung, die allerdings zur damaligen Zeit auch andernorts für derartige Vorhaben erhalten mußte: Durch den Abbruch erhoffte man sich "einen frischen Luftzug und damit eine Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse" in der Stadt.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß bei der Diskussion um den Bau der Kinderbewahranstalt in Zeil der Haßfurter Distriktsarzt Dr. Hohenberger 1917 feststellte: "Die Stadt hat meist schlecht belichtete Wohnungen in engen Straßen. Sie ist seit Menschengedenken eine Hauptbrutstätte der Tuberkulose und stellt einen hohen Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit."

Der Kataster von 1849/171 zeigt die Stadt im Norden noch von der Stadtmauer eingeschlossen. Vor der Mauer erkennt man den ehemaligen Stadtgraben, den unsere Großväter als "Messerschmidtsgraben" bezeichneten. Bemerkenswert ist, daß die ehemaligen Feldwege im Moreth und in der Haardt nahezu unverändert das Straßennetz der späteren Neubausiedlung abgegeben haben. Der Durchbruch der Stadtmauer oberhalb des Kaulberges war an dieser Stelle besonders günstig. Mit wenig Aufwand war hier die Anbindung an das bestehende Wegenetz möglich.

Durch "frischen Luftzug" hoffte man also die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern. Auf etwa die Hälfte sollte die Mauer abgenommen werden. Liebhaber

für die Steine meinte man bei den Bürgern zu finden. Es stellte sich jedoch heraus, daß das meiste Steinmaterial zu nichts anderem als zum Ausbau von Straßen und Wegen zu gebrauchen war.

Den Verantwortlichen im Rathaus kam nicht in den Sinn, mit dem Abbruch der Mauer etwas Verwerfliches zu tun. So romantisch es vielleicht heute wäre, wenn noch Teile der einstigen Ummauerung im Norden intakt wären: Die Sachzwänge sprachen damals für diese Maßnahme. Für den Unterhalt der ruinösen Befestigungsanlage fehlten einfach die finanziellen Mittel. Im übrigen konnte man guten Gewissens auf andere Städte wie Haßfurt, Eltmann und Schweinfurt verweisen, die "mit gutem Beispiel vorangegangen sind". Da man nur Gutes, der Stadt Bestes im Auge hatte erhoffte man sich vom Königlichen Bezirksamt in Haßfurt die allerhöchste Genehmigung. Die angrenzende Familie Messerschmidt fürchtete um Nachteile. Ihr Vorwurf, die Stadtverwaltung hätte den Beschluß nur im Interesse einiger Ratsherren gefaßt, wies der Bürgermeister als "Ungezogenheit" zurück mit dem Hinweis, daß in allen vergleichbaren Orten Stadtmauern abgebrochen und beseitigt sowie nette Verbindungswege geschaffen würden. Warum, so fragte man sich im Rathaus soll ein schönes Projekt am Eigensinn und Starrsinn "garstiger Leute" scheitern?

Durch eine Art Volksabstimmung ließen sich die Ratsherren einige Tage später den Stadtratsbeschluß durch ein Votum der im Rathaus versammelten Bürgerschaft bestätigen. Eine breite Mehrheit hieß die Abbruchmaßnahme für gut. Zur Bestätigung unterschrieben aus der Bürgerschaft der höchstbesteuerte Ökonom Heinrich Schauer, dem seinerzeit das heutige Haus Krämer/Jellen in der Hauptstraße Nr. 15 gehörte. Als niedrigstbesteuertester Bürger setzte Kaspar Schöpf seinen Namen unter den Beschluß.

Der Bezirksamtmann Stadelmann studierte den vorn Maurermeister Martin Pottler angefertigten Situationsplan für die Abbrucharbeiten. Seine Prüfung erstreckte sich unter anderem auf die Frage, ob es sich bei dem fraglichen Projekt um eine Veränderung oder Beseitigung von öffentlichen Denkmälern von historischem- oder Kunstwert handelte. Die Mauer stellte jedoch nach allgemeiner Einschätzung weder ein künstlerisches noch ein historisches Objekt dar. Eine ausdrückliche Genehmigung zum Abbruch erschien nicht notwendig. Eine Rolle mag dabei

gespielt haben, daß die Befestigungsanlage im nördlichen Abschnitt vermutlich über wenige bzw. keine Türme verfügte. Die Mauerkrone mit den Schießscharten, den Gewölben des Wehrganges und den eventuell einmal vorhandenen Schalentürmchen waren schon bei der ersten Abbruchaktion der Spitzhacke zum Opfer gefallen. Wie schon dargelegt, sind im Jahre 1829 ca. zwei Meter der Mauerkrone auf der gesamten Länge der nördlichen Mauer abgetragen worden.

Monatelang fanden nun mehrere Zeiler Arbeit und Verdienst. Losweise hat die Stadt die Abbruch-, Aufräumungsarbeiten und das Schuttabfahren an die wenigst nehmenden Tagelöhner verstrichen. Für "das Steinzusammenstoßen in der Stadtmauer" zahlte sie an Valtin Bernd, Michael Dietlein, Georg Fuß, Georg Huppmann, Konrad und Johann Popp, Peter Pottler und Andreas Wittig 135 fl. Zumeist fand das geringwertige Material bei der Instandsetzung von Feldwegen Verwendung. **Als zweckmäßig erwies sich der Schutt auch für die Rollierung der sogenannten "Alleenwege" vor der Stadt, wozu unter anderem die heutige Oskar-Winkler-Straße in den Grabengärten gehörte. Schließlich waren im Frühjahr 1875 Steine und Schutt beim Bau der Straße nach Sand willkommen.** Allerdings war doch ein Quantum von guten Steinen wiederverwendbar, denn 1873 bot die Stadtverwaltung im Amtsblatt 15 Gerten ausgetrocknete Bausteine an der nördlichen Stadtmauer zum Verkauf an.

Um endlich den von den Bürgern angestrebten weiteren Ausgang aus der Stadt zu erhalten, entschloß man sich zum Durchbruch der Mauer am Kaulberg, die zu diesem Zeitpunkt etwa um die Hälfte abgetragen war. Ein förmlicher Weg aus der Stadt indessen war noch lange nicht möglich, weil mit der Witwe Messerschmidt keine Einigung hinsichtlich eines Verbindungsweges zu erzielen war. Die Zeiler gingen aber ohne zu fragen über deren Grundstück. Bevor es später zur gänzlichen Öffnung an dieser Stelle kam, ließen die Messerschmidts den Mauerdurchbruch mehrmals zumauern. Unbekannte Mitbürger brachen bei Nacht- und Nebelaktionen den Durchlaß immer wieder gewaltsam auf. Die Autorität der Stadtverwaltung als Polizeiorgan nahm dabei großen Schaden. Das Bezirksamt sparte nicht mit schweren Vorwürfen. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß der Durchbruch einer so starken Mauer wohl nicht ohne die Entdeckung der Täter erfolgen könne, wenn die Sicherheitsbehörde in Zeil entsprechend handeln würde. Die Verantwortlichen der Stadt bekamen auferlegt, für eine Verstärkung der

Sicherheitsmannschaft zu sorgen und falls es erneut zu einer "Lässigkeit" käme, den Polizeidiener Nikolaus Weinmann abzusetzen. Erst beim fünften Male wurde ein Täter auf frischer Tat ertappt, als er sich bei seinem nächtlichen Tun lebensgefährlich verletzte und bleibenden Schaden davontrug. Trotz dieses Unglücks war die Mauer einige Nächte darauf vollständig hinausgebrochen. Nun stelle die Öffnung eine unregelmäßige Lücke in der Mauer dar, welche als Ruine "einen unschönen Anblick bot, und das Auge beleidigte". Bei dieser Sachlage gebot es das Ansehen der Ortspolizeibehörde, einen Ausweg zu finden, der allen Beteiligten das Gesicht wahren ließ. Die wiederholten Durchbrüche am sogenannten "Preußenthor" nahmen die Bürger mittlerweile mit Belustigung zur Kenntnis. Die nächtlichen Aktionen waren ein willkommener Gesprächsstoff an den Stammtischen der über 10 Zeiler Gasthäuser.

Um diese widerrechtliche Öffnung in der Mauer zu legalisieren, beschloß der Stadtrat, im November 1874 mit dem vollständigen Abbruch der ganzen nördlichen Mauer zu beginnen. Die "Anstößer" legten dagegen Protest ein, weil sie fälschlicherweise annahmen, die Mauer gehöre zu ihren einstmals erworbenen Grundstücken im Stadtgraben. Der Nachweis war leicht zu erbringen, daß die gesamte Stadtmauer mit der Plannummer 129 Eigentum der Stadt war.

Im Sommer 1875 erklärten sich die Messerschmidtschen Erben bereit, die erforderliche Fläche für einen 5,20 Meter breiten Weg für 48 Gulden an die Stadt abzutreten. Durch diesen Grundstücksverkauf wurde eine Anordnung der Behörde gegenstandslos, die im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen der Stadt auferlegte, die Maueröffnung wieder zumauern zu lassen.

Die Stadt begann nun, ihren jahrhundertealten Mauerring zu sprengen; auch wenn es noch fast 30 Jahre dauern sollte, bis oberhalb des Kaulberges vor dem sogenannten "Norddeutschen-" bzw. "Preußenthor" die Besiedlung einsetzte.

Bei der Trassierung der Eisenbahn im Jahre 1850 sind der Zeiler Stadtverwaltung ganz offensichtlich Versäumnisse unterlaufen, die sich danach nicht mehr korrigieren ließen. In den späteren Jahren war des öfteren von den Unterlassungen des damals verantwortlichen Bürgermeisters die Rede, dem man zugute hielt, daß er ein alter Mann gewesen sei. Viel zu weit vom eigentlichen Ortskern entfernt, ist der Bahnhof erbaut worden.

Durch die Bebauung der Bamberger Straße gelang es jedoch, den einstmals abseits liegenden Bahnhof mit der Stadt zu verbinden. Wenn man aber berücksichtigt, daß sich Zeil zunehmend in Richtung Nord-West ausgeweitet und entwickelt hat und dies noch weiter tut, muß man den Standort des Bahnhofes als einen Planungsfehler ansehen. Bemerkenswert ist, daß der Standort für die erst 1924 errichtete evangelische Himmelahrtskirche bereits 1911 festgelegt worden ist.

Mit der Bebauung der Bamberger Straße in Richtung Schmachtenberg begann 1877 der Baumeister Melchior Scheer. Der Zeiler Maurermeister errichtete sein Haus an der Stelle des heutigen Hauses Schuhmann (Bamberger Straße 24). In diesem Zusammenhang fertigte Scheer für die Stadtverwaltung einen Bebauungsplan an für sechs weitere Häuser beiderseits der Straße. Dabei projektierte er den heutigen Verbindungsweg, der zwischen den Anwesen Minnich und Schuhmann zum Mittelweg führt. Die Zeiler wünschten sich damals eine Verlegung des Bahnhofes in den Bereich des heutigen Sägewerk- bzw. Tennisplatzes. Im Zuge der Bebauung der heutigen Bamberger Straße wollte Scheer mit diesem Verbindungsweg die Möglichkeit einer nachträglichen Verlegung offen halten, um, wie er es ausdrückte, "die fehlerhafte Anlage des Bahnhofes weniger in die Augen springend zu machen". 1876 ist in einem Aktenstück vom Widerwillen der Gemeinde Zeil gegen die Lage des Bahnhofsgebäudes die Rede. Ein jahrelanger Streit drehte sich um die Frage, wer für den Unterhalt der zum Bahnhof führenden Straße zuständig sei, die nach Auffassung der Zeiler Stadtverwaltung nicht nötig gewesen wäre, "hätte man den Bahnhof praktisch und zweckmäßig angelegt".

Der Maurermeister Scheer war nicht nur ein Mann, der sein Handwerk verstand, sondern offenbar auch ein guter Menschenkenner, der um die Experimentierfreudigkeit und Eigenwilligkeit von Bauherren wohl wußte. Seinen Bebauungsplan für die Bamberger Straße versah er mit dem hintergründigen Vermerk: "Situationsplan für die projektierten Bauplätze der Stadt Zeil betreffend für jetzt und die Nachwelt. Den einzelnen die daher bauen zum Nutzen, zur weiteren Verschönerung der Stadt Zeil und zur Aufmerksamkeit für die gegenwärtigen respektive für die zukünftigen Stadtverwaltungsmitglieder. Denn Vorsicht ist die Mutter der Weisheit."

Nach den umfangreichen Abbruchmaßnahmen an der nördlichen und östlichen Stadtmauer zeigten sich auch am Südteil gravierende Schäden. Anlässlich einer Besichtigung stellte das Bezirksamt 1878 fest, daß Teile der Stadtmauer in neuerer Zeit eingestürzt sind, und an anderer Stelle infolge Mauerfraßes einzustürzen drohen.

Ohne bedeutende Kosten war eine Ausbesserung nicht möglich. Im übrigen sah man auch keinen Anlaß für eine Instandsetzung. Die Stadtverwaltung erhielt den amtlichen Auftrag, die teilweise Einlegung der Mauer zu beschließen und den Vollzug zu melden. Zu einem Totalabbruch ist es allerdings in diesem Bereich glücklicherweise nicht gekommen. 1889 befindet sich im Protokollbuch der Vermerk, daß die schadhafte und gefahrdrohende Stadtmauer bei Anton Hetterich (heute Haus Ludwig Schlamminger) und beim Garten der Frau Feustel auszubessern wäre.

Der Schneider Josef Hofmann stellte zur selben Zeit den Antrag, man möge ihm die Abtragung der Stadtmauer "behufs Errichtung und Anlegung eines Gartens" gegenüber seinem Wohnhaus in der "Entenwed" genehmigen, was man ihm dann auch für eine Entschädigungsgebühr von 5 Mark gestattete.

Dem Beigeordneten (2. Bürgermeister) Georg Eisentraut genehmigte der Stadtrat 1896, die Stadtmauer im Süden von Haus Nr. 8 bis zum Kötznernschen Kohlenkeller abbrechen zu dürfen, wodurch der Kaufmann zumindest im Obergeschoß seines Wohnhauses freien Blick auf die Grabengärten erhielt.

Drei Jahrzehnte nach dem Durchbruch der Mauer oberhalb des Kaulberges errichtete der Steinbruchbesitzer Weinig 1908 erstmals ein Haus jenseits der nördlichen Stadtmauer. Damit war der erste Schritt getan, außerhalb des jahrhundertealten Berings mit der Besiedlung zu beginnen.

1913 kaufte die Stadtverwaltung dem Kaufmann Michael Messerschmidt eine weitere Fläche im einstigen Stadtgraben ab. Sie sollte zur Herstellung einer Verbindung zwischen der Zinkengasse mit dem Morethweg dienen. Noch heute stellt dieses Stück eine Hauptverbindung zwischen der Altstadt und dem Siedlungsgebiet dar. Der aus Schweinfurt stammende Heinrich Weger errichtete

noch im selben Jahr an diesem neuen Wegstück ein für damalige Verhältnisse ideenreich gestaltetes Wohnhaus (heutiger Eigentümer Siegfried Geisel). Im selben Jahr bauten gegenüber Weinig die zwei Steinhauer Nikolaus Angenbrand und Johann Hofmann ein aus heimischen Sandsteinen gefertigtes Doppelhaus.

Mit der rapiden Vermehrung der Bevölkerung wuchs auch die Baulust in unserer Stadt. Zwischen 1878 und 1900 entstanden in Zeil 23 neue Wohnhäuser, Dies heißt, daß im Durchschnitt pro Jahr ein Haus errichtet wurde. Insgesamt waren in diesem Zeitraum 178 Bauvorhaben zur Genehmigung angestanden, wovon sich jedoch 155 auf Umbauten, Nebengebäude, Scheunen, Ställe, Werkstätten oder Backhäuser bezogen. Eine weitere Steigerung der Bautätigkeit setzte zwischen 1900 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 ein. In diesem Zeitraum entstanden bereits 30 neue Wohngebäude, was pro Jahr im Durchschnitt die Fertigstellung von 2 Häusern bedeutet. Während einige hundert Jahre lang die Zahl der Wohnhäuser in Zeil nahezu konstant blieb, vervierfachte sich der Bestand allein zwischen 1868 und 1968 von 230 auf 864. (Fortsetzung folgt)

Der weitgehendst totale Abriß der nördlichen Stadtmauer zwischen der Brauerei Göller und dem Kaulberg ermöglichte einen nahtlosen Übergang von der Altstadt zur neu entstehenden Siedlung. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg veräußerte die Familie Messerschmidt ihre dortigen Grundstücke. Die neuen Besitzer sind auf dem Situationsplan von 1913 bereits vermerkt. Der Krieg und die daraus folgende Inflation stoppte aber zumindest die Baulust. Noch vor dem Ersten Weltkrieg entstanden die Häuser Johann Hofmann, Nikolaus Angebrand, Heinrich Weger und die Scheune Leisentritt. Noch nicht eingezeichnet das Haus von Kath. Barth (Hempfling). Die Häuser Pottler, Streit und Hetterich sind erst in den späten 20er Jahren entstanden.

Johann Leisentritt, der in einem Hofhaus oberhalb der Brauerei Göller in sehr beengten Verhältnissen eine kleine Bauerei bewirtschaftete, suchte 1913 - als der Mauergürtel längst aufgebrochen war - um Genehmigung nach, im einstigen Messerschmidtsgraben ein landwirtschaftliches Gebäude zu errichten. Erfolg versprach er sich schon deshalb, weil zur gleichen Zeit oberhalb des Kaulberges einige Steinhauer die ersten Steinblöcke für ihre Neubauten bearbeiteten. Das Bezirksamt in Haßfurt wollte sich mit Leisentritts Bauvorhaben jedoch nicht so ohne weiteres einverstanden erklären, zumal erstmals die Grundfläche der einstigen Stadtmauer einbezogen werden sollte. Bauwillige aber drängten die Stadt, geeignete Flächen im Norden als Baugelände auszuweisen. Seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts verpachtete die Kommune ihre stadtnahen Grundstücke nur noch

unter dem Vorbehalt, daß die Pachtäcker jederzeit für Baugelände abgetreten werden müssen.

In den Augen des Bürgermeisters Adam Kraus waren die nur noch ca. 1 1/2 bis 2 Meter hohen Mauerstümpfe vom alten Schulhaus bis zum Söhrlein nicht im entferntesten von historischem Wert. Die seiner Meinung nach ruinösen und wertlosen Mauerreste lohnten nicht einmal den Abbruch. Es war sogar erwünscht, daß Nachbarn die angrenzenden Mauerteile ohne Kosten für die Stadt abtragen. Im übrigen war man bestrebt, die dadurch gewonnene Fläche der einst 1,20 Meter starken Mauer für die Verbreiterung des Weges zu verwenden.

Um das Bezirksamt gnädig zu stimmen, versprach Kraus hoch und heilig, die übrigen Teile der Stadtmauer im Süden und Osten, soweit sie noch nicht demoliert waren - zu schonen und zu erhalten. Um sich ein genaues Bild vom eigentlichen Zustand der früheren Befestigungsanlagen zu machen, ordnete Haßfurt eine Besichtigung an. Eigenhändig schrieb Bezirksamtmann Hagen 1913 an die Stadt Zeil: "Wenn irgend möglich, ist die weitere Niederlegung der Mauer mit allem Nachdruck zu verhindern. Die Stadt Zeil genießt den Vorzug, trotz ihrer raschen Entwicklung, noch die meisten und schönsten Bauwerke aus alter Zeit im ganzen Bezirk zu besitzen. Es wäre Frevel, wenn die Stadtverwaltung erhaltungswürdige Bauwerke der Gewinnsucht und Verständnislosigkeit einiger Angrenzer zum Opfer fallen ließe.

Nach der Inaugenscheinnahme stellte die königliche Landbauexpositur Schweinfurt ein Bauverbot für diesen Bereich in Aussicht. In der Begründung wurde angeführt, "das für den historischen Charakter des Städtchens geschaffene Bild nicht zu zerstören". Verärgert vermerkt noch das Schweinfurter Amt: "Die Mauer wird bereits als billiger Steinbruch benutzt." Es konnte nicht verborgen bleiben, daß sich in der Vergangenheit viele Zeiler Bürger je nach Bedarf an der Mauer bedienten und daß auch die Stadtverwaltung Steine für vielerlei Zwecke entnommen hat."

Das Bezirksamt Haßfurt drängte Zeil, auf die Fertigstellung eines detaillierten Bebauungsplanes für dieses Gebiet. Dazu sollte es jedoch zunächst nicht kommen. Ein Jahr nach den amtlichen Stellungnahmen brach der Erste Weltkrieg aus. Eine planmäßige Erschließung des "Moreth" war für viele Jahre kein Thema

mehr. Im Jahre 1900 hatte der Zeiler Baumeister Johann Pottler an der Straße nach Sand die Genehmigung für zwei große Sandsteinhäuser (Dr. Gehring und Fritzmann) erwirkt. Die Stadtverwaltung erwog, im Anschluß daran eine Feuerwehrrhalle zu errichten. **Im Jahre 1909 fertigte ein Architekt erstmals einen Entwurf für die Bebauung der Grabengärten bzw. der "Schießäcker" an, die allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg zum Tragen kommen sollte.**

Die Erkenntnis, daß es an der Zeit ist Denkmäler zu schützen, bewog den Zeiler Stadtrat im Jahre 1909, eine ortspolizeiliche Vorschrift zu erlassen. Sie beinhaltete, "daß die Veräußerung und Entfernung von historisch-merkwürdigen und Kunstwert besitzenden Architekturteile an Häusern, Denkmälern und dergleichen, z. B. Portale, Gesimse, Erker, Getäfel, Statuen, Bildnisse, Reliefe usw. nur nach vorher eingeholter distriktspolizeilicher Erlaubnis erfolgen darf". Diese Verordnung war jedoch nicht allein das Ergebnis eines Umdenkungsprozesses der Zeiler Ratsherren; vielmehr befolgte man damit eine höhere Anordnung, die gerade noch zu rechten Zeit die Beseitigung eines der ältesten Denkmäler unserer Stadt verhindern half. 1908 machte die Stadtverwaltung die Kirchengemeinde darauf aufmerksam, daß das Glöckchen im Glockenturm der Annakapelle schadhaf ist und herunterzufallen droht. Auch der ganze Dachstuhl der Kapelle sowie das Dach selbst befand sich in einem reparaturbedürftigen Zustand. Das Wasser drohte sowohl das Mauer- als auch das Holzwerk zu zerstören. Das Glöckchen erfüllte über lange Zeit eine überaus wichtige weltliche Aufgabe. Wenn der Bürgermeister die Bürger in den Verkündsaal zusammenrufen wollte, sei es um eine Anordnung bekannt zu geben, sei es Arbeiten zu "verakkordieren", das heißt zu verstreichen, oder Äcker zu verpachten, läutete diese Gemeindeglocke zum Zeichen, daß pflichtgemäß die als Bürger anerkannten Zeiler zu erscheinen haben.

In früherer Zeit war die Stadt für den Unterhalt der Kapelle zuständig. Aus dieser Zeit hat sich wohl die Gewohnheit entwickelt, das Glöckchen im Turm als Gemeindeglocke zu benutzen. 1908 jedenfalls scheint diese Funktion hinfällig geworden zu sein. Im Ratsprotokollbuch heißt es nämlich wörtlich: "Nachdem die Annakapelle an sich ihrem Zweck längst entfremdet ist, im Laufe der Jahre aber der Platz entweder zur Schul- oder Kirchenerweiterung benötigt werden könnte, dürfte es ratsam erscheinen, größere Aufwendungen für die frühere Kapelle nicht

mehr zu machen und eventuell Schritte behufs Kassierung der Kapelle einzuleiten.

"

In der Tat herrschte im Rathaus eine räumliche Enge. Mehrere Schulklassen bevölkerten schon seit 1820 die Ratsräume. Die Zahl der Schüler sollte noch weiter zunehmen. Man brauchte nur einen Blick in die 1886 eröffnete Kinderbewahranstalt zu werfen, wo - unerlaubterweise - zeitweise bis zu 70 Kinder "aufbewahrt" wurden.

Der Gedanke, das Rathaus auf Kosten der "unnützen" Annakapelle zu erweitern, war so gesehen nicht ungewöhnlich. Daß die Kapelle doch nicht der Spitzhacke zum Opfer fiel, mag mit dem Verdienst einer geänderten Einstellung zu historischen Gebäuden sein.

Der neue liberale Bürgermeister Kraus, der den konservativen Franz Burger 1906 aus dem Sattel hob, brauchte eine ganze Weile, um die politischen Lager in Zeil wieder zusammenzuführen.

Nachdem die Annakapelle Kirchenbesitz war, wollte sich Kraus unabhängig von der Kirchengemeinde machen, die ihm lange nicht verzeihen konnte, daß er einem Mann ihres Vertrauens das Bürgermeisteramt abgenommen hat. Zu Beginn des Jahres 1909 stellte er die Anschaffung einer Gemeindeglocke zur Diskussion, welche am Rathaus angebracht werden sollte. Dadurch wollte sich die politische Gemeinde von der Kirchengemeinde unabhängig machen. Im Protokollauszug ist von "herrsüchtigem Standpunkt" der Kirchenverwaltung die Rede. Die Annakapelle blieb erhalten, mit ihr das Glöckchen, das aber seine einstige weltliche Funktion verlor. Künftig sollte der Gemeindediener mit der Amtsglocke in der Hand der verlängerte Arm des Bürgermeisters sein.

In den Jahren 1900 und 1902 erbaute der Zeiler Maurermeister Pottler an der Ecke Sander Straße / Oskar-Winkler-Straße zwei große Sandsteinhäuser. Durch die heutige Grabengärtnersiedlung führte damals noch der sogenannte Wolfsweg in die Stadt, der in den 20er Jahren bei der Bebauung der Grabengärtnersiedlung verschwunden ist.

Dieses Foto entstand vor dem Ersten Weltkrieg. Die zu Beginn des Jahrhunderts entstandenen Häuser (heute Gehring und Fritzmann) stehen noch ziemlich verloren im Süden der Stadt, wo sich in den 20er und 30er Jahren eine rege Bautätigkeit entfalten sollte. Links im Vordergrund hatte sich einmal die Schießstätte der Zeiler Schützen befunden. Die Flurbezeichnung für diese Äcker

hieß denn auch „bei der Schießmauer“.

Mit der Eröffnung der Baumwollspinnerei im Jahre 1890 stieg die Bevölkerungszahl von diesem Zeitpunkt stetig an, wie die Grafik deutlich ausweist. Besonders in den Anfangsjahren erhielt Zeil Zuzug von auswärtigen Webern. Diese Bevölkerungsentwicklung ließ damals die Zeiler sogar hoffen, eines Tages die Amtsstadt Haßfurt einzuholen. Haßfurt büßte zwischen 1880 und 1900 rund 200 Einwohner ein, während die Stadt Zeil um die gleiche Zahl zugenommen hat. Die ehemalige Amtsstadt Eltmann wurde bevölkerungsmäßig von Zeil 1895 überrundet. Eltmann konnte Zeil in der Folgezeit nie mehr überflügeln. Die Landgemeinde Knetzgau (von 1814 bis 1861 einwohnerstärker als Zeil), fiel gleichfalls zurück bzw. stagnierte.

Der Ausschnitt aus dem Katasterplan markiert den alten Kreuzfriedhof wie er 1871 bestanden hat. Deutlich ist zu erkennen, daß bereits zu diesem Zeitpunkt eine Erweiterung vom Haupteingangstor in Richtung Vorstadt vorgelegen hat. Die neuerliche Vergrößerung erstreckte sich 1896 oberhalb der Heilig-Kreuz-Kapelle. Später wurden noch weitere Grabreihen nach oben hin angelegt.

Das Wachstum einer Gemeinde bringt zwangsläufig eine Fülle von Problemen mit sich. Auf einen akuten Mißstand machte 1895 der Bezirksamtman anlässlich einer Gemeindepinspizierung aufmerksam. Die Stadt Zeil erhielt den Auftrag, unverzüglich Verhandlungen wegen Erwerb eines zu einem neuen Friedhof passenden Grundstückes zum Abschluß zu bringen. Der seit dem 17. Jahrhundert weit draußen um die Heilig -Kreuz-Kapelle angelegte Friedhof erwies sich längst als zu klein. Zunächst schien eine weitere Erweiterung, wie sie schon eine geraume Zeit vorher durchgeführt worden war, schwer zu realisieren. Im Visitationsbericht stand vermerkt, daß sich die Stadt Zeil im klaren sein muß, daß eine weitere Verzögerung nicht zu verantworten sei. Die nicht wegzuleugnende Überbelegung gestattete kein längeres Verschieben dieser Angelegenheit. Ohne rasches Handeln, so die Ermahnung, würden der Stadt "Kalamitäten" ins Haus stehen, falls - was ständig zu befürchten war - eine Epidemie ausbrechen würde. Im Zusammenhang mit der schleppenden Behandlung dieses Mißstandes warf das Bezirksamt der Stadtverwaltung sogar "Widerspenstigkeit und Saumseligkeit" vor. Zur Rechtfertigung führten die Verantwortlichen im Zeiler Rathaus an, daß die Bürgerschaft keinen neuen Friedhof wünsche, sondern vielmehr auf die Erweiterung des alten bestehe. Die Mehrzahl der Zeiler mochte sich nicht damit

abfinden, die Verstorbenen auf zwei verschiedenen Gottesäckern bestatten zu müssen, zumal eine Neuanlage sicherlich auf eine Kapelle hätte verzichten müssen. Ausschlaggebend war dann aber das eindeutige Votum der Vertreter aus den Nachbargemeinden Schmachtenberg und Ziegelanger sowie der katholischen Einwohner von Bischofsheim. Alle sprachen sich im Mai 1896 anlässlich einer Zusammenkunft im Rathaus gegen die Errichtung eines neuen Friedhofes aus. Die verantwortlichen Zeiler Ratsherren hatten bereits ein geeignetes Gelände am oberen Tor, am Hang rechts der Straße nach Haßfurt, für geeignet befunden. Den Schmachtenbergern und noch mehr den Ziegelangerern schreckte dagegen die noch größere Entfernung zu ihren Gemeinden. Aufgrund der Topographie zeichnete sich bereits die städtebauliche Entwicklung in Richtung Nordwest ab. An Stelle eines neuen Gottesackers beschloß der Stadtrat vor dem Hintergrund gewichtiger Einwände, eine Friedhofserweiterung oberhalb der Kreuzkapelle in die Wege zu leiten. Zu den vorhandenen gemeindeeigenen Flächen trat der dem Rat angehörende Steinbruchbesitzer Anton Reinhardt eine für dieses Vorhaben wichtige Teilfläche kostenlos ab. Zumindest für einige Jahrzehnte sollte der so gewonnene Platz für Anlegung von ca. 900 Gräbern ausreichen. Bei der industriellen Entwicklung Zeils ließ sich absehen, daß sich dieses Problem eines Tages erneut stellen würde. Das Thema stand dann auch in der Tat im Jahre 1912 erneut zur Diskussion an. Die Ziegelangerer mögen zu dieser Zeit schon Überlegungen hinsichtlich eines eigenen Friedhofes angestellt haben. Denn der nun von der Stadt Zeil ins Auge gefaßte neue Standort konnte für die Winzergemeinde ungünstiger gar nicht sein. Die Stadtverwaltung meinte, in einer 5 ha großen Fläche an der Setzbachstraße unterhalb der Probstentrangen einen geeigneten Platz gefunden zu haben. Die weitere Stadtentwicklung wäre dadurch in keiner Weise beeinträchtigt worden. Wie in anderen Dingen auch, hemmte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 auch dieses Projekt.

Erst 1932, inmitten einer schlimmen Wirtschaftskrise, entschlossen sich die Zeiler Ratsherren, noch einmal eine erneute Friedhofserweiterung am "Kleinert" durchzuführen. Im Rahmen einer sogenannten Nostandsarbeit schufen arbeitslose Zeiler Bürger den Platz für einige weitere Grabreihen.

Der heutige Stadtteil Ziegelanger eröffnete unterdessen 1925 seinen eigenen Friedhof. Auch hier leisteten die dortigen Bürger auf vielfältige Weise freiwillige

Hilfsdienste. Der Geselligkeitsverein "Immer lustig", einst von jungen Burschen gegründet, errichtete nicht nur zum großen Teil das Kriegerdenkmal, sondern trug durch Theateraufführungen zur Finanzierung des lebenden Zaunes um den Gottesacker bei. Und es waren Steinhauer, damals noch der stärkste Berufsstand, welche aus heimischem Sandstein das Friedhofskreuz schufen.

Die Anlegung eines neuen Friedhofes in Zeil war jedoch nicht mehr länger zu umgehen. 1965 wurde der neue Hainfriedhof im Norden der Stadt (wo sich immer mehr Menschen ansiedelten) offiziell seiner Bestimmung übergeben. Er besitzt übrigens eine Fläche für eine spätere Erweiterung.

Daß Jahrhunderte lang bis zum Dreißigjährigen Krieg die Zeiler ihre Verstorbenen rings um die Stadtpfarrkirche beerdigt haben, dürfte heute den wenigsten Bürgern bekannt sein. Der aufmerksame Spaziergänger wird an Teilen der alten Kirchhofsmauern noch verwitterte Grabsteine erkennen. Während der rund 1000jährigen Zeiler Geschichte dürften 25000 - 30000 Menschen rund um der Stadtpfarrkirche, im Kreuzfriedhof und im neuen Hainfriedhof begraben worden sein. Zu bemerken ist noch, daß immerhin 250 Zeiler Bürger als Opfer der beiden letzten Kriege in fremder Erde ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.

Lange Zeit stagnierte in den Gemeinden Zeil, Eltmann und Knetzgau die Einwohnerzahl. Zwischen 1852 und 1861 sowie 1880 und 1890 verließen unzählige Menschen unser Gebiet, um in Amerika das zu finden, was ihnen ihre Heimat nicht geben konnte: Arbeit und Bürgerrecht. Wer kein Vermögen nachweisen konnte, erhielt kein Bürgerrecht und mithin auch keine Erlaubnis zur Verehelichung. Die Kurven zeigen deutlich die Bevölkerungseinbrüche an. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließen Flüchtlings- und Evakuierungsströme die Bevölkerungszahl empor schnellen. In Zeil fanden in diesen Jahren fast 900 Vertriebene eine neue Heimat. Seit den 70er Jahren hat sich die Bevölkerungszahl infolge des sogenannten "Pillenknicke" nicht mehr vermehrt, vielfach sind sogar - je nach Ort - Rückgänge zu verzeichnen.

Zwischen 1814 und 1961 erhöhte sich die Zahl der Einwohner in Zeil um 480%, in Eltmann um 430% und in Knetzgau um 277%. Am stärksten nahm die Kreisstadt

Haßfurt zu. In diesem Zeitraum steigerte sich die Einwohnerzahl um 538%.

Dieses Foto zeigt den Hang an der Haßfurter Straße, der 1896 für die Neuanlage eines Friedhofs vorgesehen war. Im Vordergrund ist die Dreifaltigkeitsgruppe mit den gepflanzten drei Kastanienbäumen zu erkennen.

Eine für die künftige Entwicklung der Stadt bedeutsame Entscheidung fiel Anfang 1906. Die Eisenbahnverwaltung beabsichtigte an Stelle des schienengleichen Bahnübergangs an der Sander Straße eine Überführung zu bauen. Diese sollte mittels eines gewaltigen Erddammes die Eisenbahnlinie ca. 100 Meter abseits des heutigen Überganges überqueren. Während der Übergang an der viel stärker befahrenen Staatsstraße Ebelsbach - Eltmann nach wie vor schienengleich bestehen bleiben sollte, wollten die Eisenbahnbehörden der Stadt Zeit ein solches aufwendiges Bauwerk förmlich aufs Auge drücken. Freilich- nur deshalb, weil die frühere Stadtverwaltung unter Bürgermeister Burger einmal ihre Einwilligung hierzu gegeben hatte. Die 1906 gewählte Stadtverwaltung unter Adam Kraus erachtete es als ihre Pflicht, gegen die Benachteiligung der Einwohner und Passanten energisch Front zu machen. Die Bahnüberführung, so Kraus in einem Beschwerdeschreiben, werde von der Bevölkerung bekämpft und es sei für das mit Bergen und Höhen gesegnete Städtchen nicht einfach, noch mit künstlichen Bergen rechnen zu müssen". Der Führung im Rathaus gelang die Mobilisierung der Zeiler Bürgerschaft. In einer eigens abgehaltenen Versammlung sprachen sich alle Anwesenden gegen dieses Projekt aus. Man war sich einig, daß durch eine solche Überführung das landschaftliche Bild eine schwere Schädigung erleiden würde. Solange eine Oberführung bei Ebelsbach unterblieb, wollte auch Zeit einen solchen Übergang nicht haben. Die Behörden lenkten schließlich ein. Ebelsbach sollte erst 80 Jahre später aus verkehrstechnischen Gründen eine derartige Überführung bekommen.

Eine glückliche Fügung hatte zur selben Zeit einflußreiche Leute in der Stadt zusammengeführt, um den sogenannten "Fremdenverkehrs- und Verschönerungsverein" ins Leben zu rufen. Den im Gasthaus "Zum deutschen Kaiser" versammelten Honoratioren lag insbesondere die Verschönerung der Stadt am Herzen. In der Folgezeit wurden mehrere Alleen um Zeit herum angepflanzt und die Freilegung der unter Putz verborgenen Fachwerkhäuser

gefördert.

Die sich entfaltende Baulust im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wurde jäh durch den Kriegsausbruch 1914 gestoppt. Die spätere Inflation zehrte so manches angesparte Guthaben auf. Einige Zeiler konnten sich freilich "sanieren". Sie zahlten während den Inflationsjahren 1923/24 die einst aufgenommenen Darlehen aus den Kapitalien der städtischen Stiftungen mit fast wertlosem Inflationsgeld zurück und wurden so über Nacht schuldenfrei.

Das schon 1909 erstmals projektierte Baugebiet in den Grabengärten wies der Stadtrat 1924 als Baugelände aus. Nun setzte auf den Äckern der ehemaligen Gemarkung "an der Schießmauer" ein wahrer Bauboom ein. Manchem bedürftigen Bauwilligen stundete die Stadt sogar das Geld für den Bauplatz, der damals pro Quadratmeter zwei Mark kostete. Bis 1932 waren schon 50 Häuser errichtet, was zu einer Entlastung der Wohnungsnot beitrug.

Zur gleichen Zeit genehmigten die Behörden die Bebauung der Bahnhofstraße. Den Verantwortlichen ist es damals nicht so recht geglückt, in Richtung Bahnhof eine organische Stadterweiterung zu verwirklichen. Der Baulinienplan für das Gebiet links der Bahnhofstraße unterhalb von Schmachtenberg hatte nach Ansicht des damaligen Bezirksbaumeisters Eisentraut einige Schönheitsfehler aufzuweisen. Doch begrüßte er es ausdrücklich, daß die Grundbesitzer bereit waren, ihr Gelände für Wohnungsbauten in Betracht zu ziehen. In den zurückliegenden Jahren nämlich glaubte die Industrie und der Holzhandel, sich die schöngelegenen Grundstücke in der Bamberger Straße sichern zu müssen. Dadurch misslang ein harmonischer Übergang von der Alt- zur Neustadt. Eisentraut hob 1924 in seiner Stellungnahme hervor, daß die Bevölkerung im aufstrebenden Industriestädtchen Zeit die Schönheit und Zweckmäßigkeit der Vorgärten nach dem Vorbild der Grabengärten-Siedlung erkennt. Dessen ungeachtet hielt das Bezirksamt die zwei Meter tiefen Vorgärten für "nutzlos".

Ursprünglich sollte gegenüber der Bahnhofswirtschaft eine beidseitig mit Häusern bebaute Verbindungsstraße zur heutigen Telefunkenstraße entstehen. Darauf ist jedoch verzichtet worden. Die krisengeschüttelten 30er Jahre führten zu einem Nachlassen der Baukonjunktur.

Wie sehr man aber dringend Wohnraum benötigte, wird schon dadurch belegt, daß damals eine Reihe von Notwohnungen entstanden. In diesen Jahren kam auch die Idee auf, ausgediente Eisenbahnwagen für Wohnzwecke umzubauen. Die Stadt Zeit kaufte im März 1933 von der Deutschen Reichsbahn zwei solcher Personenwaggons zum Preis von je 190 Mark. Sie boten - in zwei Räume unterteilt - insgesamt 18 qm Wohnfläche. Je ein Eisenbahnwaggon war an der Stelle der heutigen Blumenfabrik sowie oberhalb des

Stadtsees aufgestellt. Bereits im Jahr 1936 verfügte jedoch das Bezirksamt Haßfurt die Räumung und Beseitigung des Wohnvehikels, in denen sozialschwache Bürger untergebracht waren. Das Amt berief sich hierbei auf eine Regierungsentschließung, nach der die Notwohnung eine gröbliche Verunstaltung des Landschafts-, Straßen- und Ortsbildes darstelle. Die Stadtverwaltung hätte einen Wagen gerne als Aufbewahrungsort für Werkzeuge benutzt und das auf einem Steinsockel aufgebockte Gefährt notfalls auch mit Sträuchern eingepflanzt. Zeitweise dachte man auch, den Wagen als Umkleidekabine an der Mainbadeanstalt zu benutzen.

Doch Haltfurt beharrte unerbittlich auf die Beseitigung. Es sollte vermieden werden, daß sich bei ähnlichen Gelegenheiten andere Bürger auf dieses schlechte Beispiel berufen können. Des Streites überdrüssig, verkaufte die Stadt einen Waggon an die Gemeinde Kirchaich.

Nach dem Krieg stellte eine Familie in der Nachbargemeinde Krum einen in Würzburg erstandenen russischen Waggon auf. Seine nachträgliche Verkleidung läßt kaum mehr erkennen, daß dieser Waggon einst im weiten Rußland Personen beförderte.

Der Widerstand der Zeiler verhinderte 1906 den Bau einer landschaftsschädigenden Überführung, deren Steigung schon beim Haus Dr. Gehring ihren Anfang genommen hätte. Wegen der schon bestehenden Weberei wählten die Architekten eine völlig neue Trassierung. Die Auffahrt hätte unter anderem auch das Siedlungsgebiet Grabengärten durchschnitten. Das sehr aufwendige Projekt sah eine Abfahrt zur Weberei, zu den Werkwohnungen und in die Zeiler Flur vor.

Die beiden Fotos führen uns vor Augen, wie schwer es manchmal fiel, die ständig wachsende Bevölkerung unterzubringen. Das linke Bild entstand in den 30er Jahren am Stadtsee, wo auch Baracken errichtet wurden. Auf dem rechten Bild ist im Hintergrund (ganz rechts) das Türmchen der Schule und die Häuser an der Haßfurter Straße zu sehen. Der Waggon war am Seerangen aufgestellt.

Wie schon mehrmals dargelegt, hat die Stadt Zeil seit etwa dem 18. Jahrhundert wesentliche Veränderungen erfahren. Die bis zu diesem Zeitpunkt fast völlig intakte Stadtmauer büßte in der Folgezeit ihre einstige Funktion immer mehr ein. Vereinzelte Versuche, den Mauergürtel zu schützen haben es leider nicht

vermocht, den allmählichen Verfall, bzw. den systematischen Abbruch zu verhindern. Noch in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts beschwerte sich im Haßfurter Tagblatt ein Zeitgenosse: "Jahr für Jahr verschwindet ein Stück Stadtmauer und niemand gebietet diesem unsinnigen Gebaren Einhalt. Daher richten wir an den Stadtrat die Aufforderung, hier einmal energische Schritte zu unternehmen."

Noch in den 30er Jahren sind den Anliegern Ab- und Durchbrüche genehmigt bzw. stillschweigend geduldet worden. Vielfach, so sei zugegeben, war ohnedies nicht mehr viel Schützenwertes erhalten geblieben.

Bemerkenswert ist indes, daß es in den 30er Jahren nicht verhindert werden konnte, die zwei ca. 400 Jahre alten Wappensteine, die einst am Unteren Tor in der Stadtmauer eingelassen waren, der Nachwelt zu erhalten. In dem 1912 erschienenen Band "Die Kunstdenkmäler des Königreiches Bayern" sind sie beschrieben, so daß wir wenigstens wissen was sie dargestellt haben. Die eine Steinplatte (0,52 x 1,00 Meter) wies auf das Wappen von Bamberg und den Bamberger Bischof Albert von Wertheim (1398 -1421) hin. Das zweite Relief (0,75 x 1,05 in) stellte neben dem Bamberger Wappen die Herren von Schott dar. Es handelte sich um eine spätgotische Arbeit aus der Mitte des 15. Jahrhunderts. Beide Steine waren nach dem Abbruch des Unteren Tores (1829) in der Scheune des heutigen Anwesens Seibert in der Langgasse eingemauert.

Aufgrund eines Zeitungsbeitrages des Zeiler Präparanden P. Pottler 1916 im „Haßfurter Tagblatt“ ist auch bekannt, wie die Wappen gestaltet gewesen sind. Pottler schreibt, dass die Steinplatten in dem relativ unscheinbarem Haus Nr. 206 eingemauert waren. „Das erste, noch gut erhaltene Wappen soll einen in vier Felder eingeteilten, mit einem Visierhelm gekrönten Schild gezeigt haben. Im Wappen sollen zwei Löwen, ein Adler und sechs kreisförmig angeordnete Ringe gewesen sein. Der Helm trug einen mächtigen Busch.

Das gegenüberliegende, fast gänzlich zerfallene Wappen ließ einen Vierfelderschild und einen Spangenhelm mit einem mächtigem Busch erkennen, der von zwei Frauen, den sogenannten Wappenhaltern getragen wurde. Am Grunde war noch einen stark verwitterter, springender Hund zu sehen. Den

Helm zierte ein Stern, in der eine Eidechse eingehauen war. Diese beiden Wappen, so schrieb Pottler, sollen die Hauswappen jener schwedischen Fürstin gewesen sein, die in diesem Hause Zwillingen entbunden haben soll.

In den Rathausakten befindet sich ein Schriftwechsel mit dem kunstsachverständigen Freiherrn aus Kötschenbroda bei Dresden. Die Zeilen lassen den Schluß zu, daß Bürgermeister Geisel 1934 dem Freiherrn auf Anfrage den Verlust dieser Wappensteine mitgeteilt hat. "Es ist eine Schande", so ließ sich der Adelige vernehmen, "daß wieder ein Stück geschichtlichen Wertes verlorengegangen; hoffentlich nicht ins Ausland verkauft worden ist "

Das Verschwinden der Wappensteine hatte jedoch weder etwas mit einer kommerziellen Transaktion noch mit einem Kunstraub zu tun. Nach übereinstimmenden Aussagen von Zeitgenossen sollen die Steinreliefe beim Abbruch der Scheune als Steinplatten im Hof eines benachbarten Grundstückes (eingebettet worden sein. Für die Nachwelt jedenfalls sind sie unwiederbringlich verlorengegangen.

Die eigentliche Konservierung des Mauergürtels ist jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg unter Bürgermeister Rudolf Winkler in Angriff genommen worden. Zumindest gelang es, den weiteren Zerfall zu stoppen.

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Kleinstädte damit begonnen, Stadtmauerteile mit Inbegriff der Wehranlagen wieder originalgetreu aufzubauen. Eine völlig geschlossene Stadtmauer können heute freilich nur wenige Orte vorweisen, wenn man von einigen mittelfränkischen Städten (Rothenburg, Dinkelsbühl) einmal absieht. Im oberfränkischen Seßlach steht gegenwärtig die Sanierung der einstigen Wehranlage vor dem Abschluß. Mit der Wiederherstellung dieser, das Stadtbild prägenden Anlage, hatte man 1978 begonnen. Heute, acht Jahre später, sind zwei der drei mächtigen Tortürme vollständig saniert und der Öffentlichkeit zugänglich. Daneben ist ein Großteil der Stadtmauer wieder instand gesetzt. Das Landesamt für Denkmalspflege und andere Institutionen haben hierzu beträchtliche Mittel beigesteuert.

Eine Stadtmauer stellt eine kulturhistorische Hinterlassenschaft dar. Es wäre

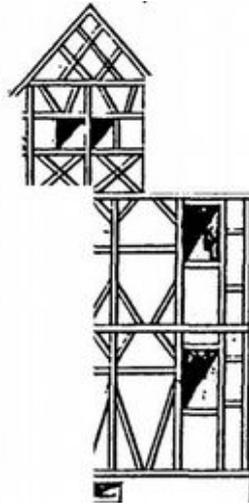
überlegenswert, inwieweit man ein Stück der einstigen Wehranlage, die für unsere Vorfahren Jahrhunderte lang eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hatte, wiederherstellen könnte. Die Königsberger Schloßberggemeinde hat schon mehrere tausend Stunden dafür verwendet, die eingefallene Burg mit ihren Anlagen originalgetreu wiederaufzubauen.

Die meisten Fachwerkhäuser in Zeil stammen aus dem 17. Jahrhundert. Die Gebäude zuvor sind zumeist dem Dreißigjährigen Krieg zum Opfer gefallen. Manche Wohngebäude, welche die Brände überdauert haben, wiesen später derartige Schaden auf, daß sie abgebrochen oder repariert werden mußten. An einem Beispiel soll dies exemplarisch aufgezeigt werden:

1849 ließ der Besitzer des Hauses Nr. 63 in der Speiersgasse (heute Haus Hofmann) vom Zeiler Zimmermann Ignatz Haus einen Entwurf für eine neue Hausfassade anfertigen. Wie der Text der Skizze belegt, war das Holz des Fachwerkes derart verfault, daß der Einsturz des Hauses drohte. Der damalige Besitzer Johann Brückner wollte das gesamte Fachwerk der Giebeiseite herausnehmen und "massiv von Steinen zu bauen", wie die zweite Zeichnung darstellt. Das Nachbarhaus Geisel, welches 1896 einer Brandkatastrophe zum Opfer fiel, ist hernach auch in Sandstein errichtet worden.

Wie bei den älteren Fachwerkgebäuden üblich, reichte das Holz oft bis zum Erdgeschoß wie es die Zeichnung wiedergibt. Offenbar ließ sich der damalige Hausbesitzer zu einem Kompromiß umstimmen. Während er das Untergeschoß mit heimischen Sandsteinen untermauern ließ, gab er für das Ober- und Dachgeschoß der Giebelseite den Auftrag für ein kunstvoll gefertigtes Fachwerk. Dieses weist übrigens einige Stilelemente auf, die an anderen Fassaden in Zeil nicht zu finden sind.

Das fast 70 Jahre alte Foto zeigt das Haus wie es auch heute noch erhalten ist. Das einfache Fachwerk in der Zinkengasse ist teilweise noch im Erdgeschoß so zu sehen, wie es ursprünglich einmal an der Vorderfront bestanden hat.



Alte Kunstschatze. Es ist hochehrfreulich zu nenen, dass man sich in Zeill allmählich wieder seiner Kunstschatze bewusst wird. Ein Fachwerkhaus um das andere taucht wieder auf und unser Städtchen bekommt mehr und mehr mittelalterliches Gepräge. Ein seltenes Kunstwerk geradezu ist das haus des Herrn Popp am Markt zu nennen. So richten wir an alle jene Bürger unserer Stadt, die noch ein übertünchtes Fachwerk besitzen, die dringende Bitte doch recht bald den Häusern ihren alten Schmuck wieder zu geben. Gleichzeitig sei an dieser Stelle auf unsere Stadtmauern hingewiesen. Sie sind wertvoll und von Fremden noch viel aufgesucht. Doch Jahr um Jahr verschwindet ein Stück Mauer und niemand gebietet diesem unsinnigen Gebahren Einhalt. Daher richten wir an den Stadtrat die Aufforderung hier einmal energische Schritte zu unternehmen. Es gilt alte Kunst zu schützen.

HT 2.10.1920